

«Wenn wir diesen Krieg nicht beenden, dann könnte es noch viel schlimmer werden, als wir uns vorstellen können»

Interview des ZDF mit der Aussenministerin Südafrikas, Naledi Pandor, über den Krieg in der Ukraine und die Haltung Südafrikas



Naledi Pandor
(Bild pa.org.za)

zf. Am 27. Juni 2022 strahlte das heute journal ein Interview mit der südafrikanischen Aussenministerin Dr. Naledi Pandor aus, das in voller Länge in der ZDF-Mediathek zu finden ist.¹ Naledi Pandor war geladener Gast bei der G-7-Konferenz in Elmau. Wir

können an dieser Stelle nur Auszüge aus einer Mitschrift des Interviews abdrucken. Um so mehr empfehlen wir, das Interview auch nachzuhören – denn so wird noch viel deutlicher, mit wieviel Würde und Aufrichtigkeit die südafrikanische Aussenministerin geantwortet hat.

Eingangs wird die Aussenministerin gefragt, welche Bedeutung sie der G7 bei der Lösung zentraler internationaler Probleme beimesse. Sie antwortet:

«Ich glaube, G7 ist ein sehr wichtiges globales Forum, insofern, als dort ja die mächtigsten Wirtschaftsnationen der Welt versammelt sind. Die politisch Verantwortlichen von G7 haben eine sehr wichtige Verpflichtung der Welt gegenüber, Lösungen zu finden für die Probleme, die Sie ansprechen, um sicherzustellen, dass Friede herrscht, dass die Menschen und ihre Gemeinschaften in Sicherheit leben können, ihr Leben leben können, in Stabilität und für den Fortschritt. Wir sprechen seit vielen Jahren über den Klimawandel, und doch wissen wir alle, dass die Verpflichtungen der Mächtigsten nicht erfüllt worden sind. Die Welt schaut nun auf die hochentwickelten Länder und will, dass sie die Verpflichtungen erfüllen, die sie auch in Glasgow bei COP26² erneut bekräftigt haben. Ich glaube, die Welt erwartet zu Recht, dass G7 praktische Lösungen finden soll.»

Gleich danach meint der Interviewer, die G7 seien dabei, wegen des Krieges in der Ukraine «den Rest der Welt dazuzubekommen, um Russland zu verurteilen». Man habe aber «den Eindruck, dass Südafrika nicht so wirklich auf der Seite dieses Westens» stehe. Es folgt die Suggestivfrage, ob denn die Aussenministerin nicht der Meinung sei, «die Ukraine sollte diesen Krieg gewinnen». Darauf antwortet sie:

«Die Fragen, die den Kern des Konflikts ausmachen zwischen der Ukraine und Russland werden weltweit diskutiert seit mehr als zehn Jahren. Afrika wurde niemals an den Tisch gebeten, um über diese Fragen zu reden. Da können Sie an dieser Stelle nicht sagen: «Entscheidet euch für die eine oder andere Seite!» Wir waren nicht involviert in all diese Faktoren, die zur heutigen Situation geführt haben. Wir haben das klargestellt. Unsere Position besagt: Die Welt hat die Verantwortung, nach dem Frieden zu suchen und zu streben, und wir glauben, dass wirklich mächtige politische Führer – egal, ob sie nun die Ukraine unterstützen oder gegen sie sind –, dass sie die Fähigkeit haben und auch das Führungsvermögen, zusammenzuarbeiten an einer Lösung. Wir sind entsetzt zu sehen, dass in diesem Konflikt, wo Tausende ihr Leben verlieren, wo Infrastruktur zerstört wird, die Verantwortlichen nicht in der Lage sind zu tun, was Südafrika getan hat: Wir haben uns an den Tisch gesetzt, verhandelt und eine Lö-

«Wir werden den Verlockungen nicht erliegen, die Sprache anderer zu sprechen, um uns für eine Seite zu entscheiden. Was wir sagen, ist dies: Es gibt eindeutig Probleme, die strittig sind seit Jahren, diese Probleme müssen gelöst werden. Und ich sagte auch schon: Die Angelegenheiten, welche die Ukraine betreffen, ihre Sicherheit, die müssen gelöst werden, aber die Fragen, die Russland betreffen und dessen Sicherheit, müssen auch gelöst werden. [...] Abwertende Begriffe zu benutzen, im Hinblick auf Russland oder die Ukraine, ist nicht hilfreich, bringt den Frieden nicht.»

sung gefunden, dank derer der Krieg beendet wird. Das haben wir gefordert! Wir haben deutlich gesagt: Wir können nicht Partei ergreifen. Wir waren ja keine Partei bisher. Aber wir wollen Frieden!»

Der Interviewer behauptet, Russland sei doch «der Aggressor». Ihre Antwort:

«Ich sagte schon, wir werden den Verlockungen nicht erliegen, die Sprache anderer zu sprechen, um uns für eine Seite zu entscheiden. Was wir sagen, ist dies: Es gibt eindeutig Probleme, die strittig sind seit Jahren, diese Probleme müssen gelöst werden. Und ich sagte auch schon: Die Angelegenheiten, welche die Ukraine betreffen, ihre Sicherheit, die müssen gelöst werden, aber die Fragen, die Russland betreffen und dessen Sicherheit, müssen auch gelöst werden. [...] Abwertende Begriffe zu benutzen, im Hinblick auf Russland oder die Ukraine, ist nicht hilfreich, bringt den Frieden nicht. Die Verantwortung politischer Führer – Nelson Mandela hat das gezeigt – ist es, für den Frieden zu verhandeln, sich hinzusetzen, zu reden. Wir wurden doch ermutigt durch alle Welt, mit unseren Feinden zu reden, die unsere Eltern ins Gefängnis geworfen haben, unsere Familien umgebracht haben. Und man hat uns gesagt: «Sprecht mit denen, findet eine Lösung!» Und das erwarten wir jetzt auch, das sagen wir nun. Das ist der Ansatz Südafrikas.»

Der Interviewer versucht, die Aussenministerin umzustimmen. Südafrika habe doch gegen das Apartheidsregime, dass er als Aggressor bezeichnet, viel Unterstützung bekommen, und nun brauche die Ukraine dieselbe Unterstützung von seiten Südafrikas. Ihre Antwort:

«Ich sagte es immer wieder in der Vergangenheit: Südafrika hat immer seine Wertschätzung ausgedrückt gegenüber der internationalen Gemeinschaft für die Solidarität, die sie uns bewiesen hat gegen die Apartheid. Aber Sie werden sich erinnern, dass man uns nie Waffen geliefert hat, niemand, dass wir nicht unterstützt wurden in diesem bewaffne-

«Sie und andere Journalisten würden das gerne von mir hören «Russland hat das gemacht», «die Ukraine das». Das ist aber nicht der Ansatz, für den wir uns entschieden haben. Wir möchten, dass die Ukraine und Russland wissen, dass Südafrika – und der ganze afrikanische Kontinent – bereit sind, jede mögliche Rolle zu spielen, um den Frieden zu sichern. Das ist unser Interesse. Keine Beschimpfungen, keinen Tadel, das bringt nichts, das hilft nicht. Das, was wir tun sollten, bei dem, was wir äussern und artikulieren, sollten wir die Sprache benutzen, die zu einem solchen Ergebnis führt, das das Leben der Menschen rettet.»

digen Gesprächspartnern von international hohem Ansehen gebeten werden soll, einen solchen Prozess auf Kiel zu legen. Wir sollten das nicht den Raketen überlassen und dem Töten, das im Moment dort stattfindet. Wir sollten eine Feueinstellung anstreben als sofortiges Ergebnis und dann einen detaillierten Prozess der Verhandlungen um eine Lösung, die Sicherheit und Frieden bringt.»

Der Interviewer fragt, was die Aussenministerin von Sanktionen gegen Russland halte. Südafrika würde bislang nicht bei diesen Sanktionen mitmachen. Er kritisiert dies. Darauf antwortet die Aussenministerin:

«Südafrika ist eine sehr kleine Volkswirtschaft in der Welt. In Afrika sind wir von Bedeutung, aber weltweit gesehen sehr klein, und Russland ist ein sehr kleiner Handelspartner Südafrikas. Die grossen Handelspartner für uns sind Westeuropa, Amerika und natürlich China. Diese Regionen sind von grossem Interesse für uns, handelstechnisch betrachtet. Aber darf ich zurückkommen zum Thema der Sanktionen mit der Feststellung: Im Augenblick verursachen die verhängten Sanktionen grossen Schaden, nicht nur in Russland, sondern in der ganzen Welt, in der ganzen internationalen Gemeinschaft. In meinem Land wird protestiert gegen die Entwicklung der Ölpreise, die sich massiv erhöht haben. Die Preise für Speiseöl fast verdoppelt in drei Monaten. Ganz eindeutig haben Sanktionen Wirkungen, die hinausgehen über die intendierten Ziele. Und das ist etwas, was man möglicherweise nicht immer so bedenkt, wenn man Sanktionen verhängt. Es gibt Länder, die kein Brot mehr haben, andere haben kein Getreide. Ganz kleine Unternehmen, ganz normale Mikrounternehmen, wo Frauen, die davon leben, nicht mehr arbeiten können, weil sie kein Speiseöl haben, um die Speisen zu produzieren, die sie auf der Strasse verkaufen möchten. Also, das ist eine breite Palette von Auswirkungen, die durch Sanktionen entstehen und national politische Instabilität verursachen in vielen Ländern – das sehen wir jeden Tag! Ich bin schon der Meinung, dass wir uns tatsächlich anschauen sollten, wie wir einen Prozess initiieren können, einen, der zur Feueinstellung führt und zweitens zu einem dezidierten Verhandlungsprozess, damit eine Lösung, die beide Länder beruhigt, erreicht werden kann, und die ganze Region, nicht nur diese beiden Länder.»

Erneut provozierend fährt der Interviewer fort mit der Frage, wer denn verantwortlich für den Hunger in der Welt sei, der jetzt droht. Ihre Antwort:

«Das ist ein facettenreiches Geschehen mit vielen Ursachen. Nehmen Sie Afrika. Wir haben riesige Regionen von Ackerland, und da wird kein Getreide angebaut, was eigentlich sein sollte. Also sind die afrikanischen Politiker verantwortlich, dass sie sich nicht ausreichend in der Landwirtschaft engagieren. Ansonsten haben die Sanktionen eine Auswirkung, weil es auch keinen Getreideexport gibt. Aber ich muss Sie schon auf den Umstand hinweisen, dass ich keine tadelnden Wörter benutzen werde, weil das niemanden voranbringt. Sie und andere Journalisten würden das gerne von mir hören «Russland hat das gemacht», «die Ukraine das». Das ist aber nicht der Ansatz, für den wir uns entschieden haben. Wir möchten, dass die Ukraine und

Die Spaltung der Welt kann nicht das letzte Wort sein

Ein Kommentar zur internationalen Lage nach BRICS-, G-7- und Nato-Gipfel

von Karl-Jürgen Müller

Nein, niemand mit Herz und Verstand kann sich über den sich abzeichnenden Niedergang der europäischen Verbündeten der USA freuen. Die Probleme, die mit diesem Niedergang verbunden sein werden, werden die bisherigen Probleme der betroffenen Staaten weit in den Schatten stellen und auch kein konstruktiver Beitrag zur Völkerverständigung und zum Weltfrieden sein. Und als Mitmensch und als Bürger dieser Staaten muss man sich grosse Sorgen machen, was gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch auf die in diesem Teil Europas lebenden Menschen zukommt.

Ja, es hätte nicht so weit kommen müssen. Viele Sachverständige weisen schon seit Jahren darauf hin, dass die für die Politik der europäischen Staaten Verantwortlichen ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Nun kommt noch der radikale Konfrontationskurs gegen Russland hinzu. Schon der gesunde Menschenverstand sagt, dass dies eine Sackgasse ist. Frieden und Sicherheit ohne und gegen Russland wird es in Europa nicht geben. Es ist nicht nur eine Propagandaformel, von der man im geheimen weiss, dass sie nicht stimmt, sondern sie entwickelt sich zu einer Art politischer Neurose: nicht mehr auf die eigenen Fehler und Versäumnisse schauen, sondern für alles einem Mann die Schuld geben – dem russischen Präsidenten *Wladimir Putin*.

Und wenn von eigenen «Fehlern» die Rede ist, dann nur mit der zur antirussischen Propaganda passenden Formel: Wir haben uns in Russland getäuscht und hätten viel früher «den wahren Charakter» der russischen Politik erkennen und auf noch mehr Konfrontation und Feindbild setzen sollen. Eine Formel, die insbesondere bei Deutschlands Politikern derzeit sehr gängig ist.

G7 und Nato: Russland soll der Feind Nummer 1 sein

Jetzt aber wird «korrigiert». Der G-7-Gipfel in Elmau und der Nato-Gipfel in Madrid haben dies gezeigt. Es lohnt sich gar nicht, auf alle Einzelheiten einzugehen. Der Kern der Beschlüsse lautet: Russland ist der Feind Nummer 1, wir rüsten massiv auf, Schweden und Finnland (die schon lange nicht mehr neutral waren) werden nun auch offiziell Nato-Mitglieder. Russland soll noch mehr Gewaltpotential gegenüberstehen als bislang schon. Seht her, Ihr Russen: Jetzt gibt es mehr statt weniger Nato an Eurer Grenze! Das habt Ihr davon (aber eigentlich hatten wir das auch schon vorher so geplant).

«Wenn wir diesen Krieg ...»

Fortsetzung von Seite 1

Russland wissen, dass Südafrika – und der ganze afrikanische Kontinent – bereit sind, jede mögliche Rolle zu spielen, um den Frieden zu sichern. Das ist unser Interesse. Keine Beschimpfungen, keinen Tadel, das bringt nichts, das hilft nicht. Das, was wir tun sollten, bei dem, was wir äussern und artikulieren, sollten wir die Sprache benutzen, die zu einem solchen Ergebnis führt, das das Leben der Menschen rettet.»

Die Aussenministerin wird gefragt, ob Südafrika als Verhandler auftreten möchte. Sie antwortet:

«Südafrika ist so winzig im Vergleich mit den mächtigen politischen Führern in der G7, aber Südafrika hat gewisse Erfahrungen im Umgang mit einem Prozess der Konfliktlösung, und deswegen sagen wir: Wir sind bereit, wenn uns jemand einlädt und bittet. Wir gehören nicht zum Club, wenn ich das so sagen darf, aber wir sind bereit, unsere Rolle zu spielen in der weltweiten Gemeinschaft.»

Der Interviewer versucht weiterhin, die Aussenministerin aufs Glatteis zu führen. Er unterstellt, der ANC habe «besonders romantische Vorstellungen gegenüber Moskau, weil die Sowjetunion damals den Schwarzen bei Ihnen sehr geholfen hat zur Zeit der Rassentrennung.» Und er fährt fort: «Aber

Allerdings hat man auch in den Nato-Staaten mitbekommen, dass die grosse Mehrheit der Staaten der Welt diesen antirussischen Kurs nicht mitmacht. Schon der SPD-Vorsitzende *Lars Klingbeil* hatte in seiner Rede vom 21. Juni 2022 (vgl. *Zeit-Fragen* Nr. 14 vom 28. Juni 2022) beklagt, Russland habe «jahrelang Beziehungen zu aufstrebenden Staaten gepflegt und sie damit an sich gebunden». So seien «Alternativen zum westlichen Entwicklungsmodell gewachsen». Und weiter: «Russland und China haben über viele Jahre hinweg auch demokratische Staaten wie Südafrika, Indien oder Brasilien hofiert, ihnen etwa über die BRICS-Initiative eine Stimme auf internationaler Ebene gegeben. Sie haben [man höre!] die Interessen dieser Länder gesehen und sind ihren Regierungen mit Respekt begegnet. Das hat Vertrauen aufgebaut. Die Auswirkungen sehen wir aktuell, wenn viele Staaten unseren Weg der Sanktionen gegen Russland ablehnen. Die Abstimmungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zeigen, dass die Hälfte der Weltbevölkerung [es ist mehr als die Hälfte!] nicht hinter unserer Politik steht. Das muss uns zu denken geben.»

Eine Folge dieser Art zu «denken» war, dass führende politische Repräsentanten aus Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika zu einem speziellen Treffen nach Elmau geladen wurden. Man hat sie umschmeichelt und gehofft, sie auf die Seite des Nato-Krieges gegen Russland ziehen zu können.

Neokoloniale Forderungen werden zurückgewiesen

Das ist aber nicht gelungen. Eindrucksvoll wird dies in einem Interview deutlich, das die südafrikanische Aussenministerin *Naledi Pandor* am 27. Juni dem ZDF gegeben hat (siehe Seite 1)¹. Man merkt, dass hier nicht eine irgendwie geartete Abhängigkeit von Russland das Hauptmotiv ist, sondern ein würdiges und realistisches Selbstbewusstsein – im Wissen um Jahrhunderte kolonialer und neokolonialer Politik genau derjenigen Mächte, die nun erneut Gefolgschaft fordern.

Und liest man die Abschlusserklärung vom 23. Juni des BRICS-Gipfels in Peking², so fällt auf, dass es auch dort kein Feindbild gibt. Ja, im Kapitel über die «Sicherung von Frieden und Sicherheit» wird ausführlich die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terroris-

die Ukraine war damals auch Sowjetunion. Gilt sozusagen dann nicht auch die Sympathie der Ukraine?» Ihre Antwort:

«Sie beantworten die Frage ja selbst: Russland ist nicht die Sowjetunion. Die Ukraine gehörte zur Sowjetunion. Die Ukraine hat unseren Kampf unterstützt, sie hat einige unserer Leute geschult. Und dafür sind wir ewig dankbar. Aus diesem Grunde eben sagen wir: Das Volk der Ukraine verdient den Frieden. Und wir alle, die wir die Macht haben, sollten uns darauf konzentrieren, den Frieden herbeizuführen. Ich glaube nicht, dass das Problem so riesig ist wie im Zweiten Weltkrieg zum Beispiel. Wenn wir aber diesen Krieg nicht beenden, dann könnte es noch viel schlimmer werden, als wir uns vorstellen können. Was wir meiner Ansicht nach tun sollten als Zivilgesellschaft, als Medien, ist, an diejenigen Führer zu appellieren, die alles Mögliche sagen in dieser Angelegenheit, die auch tatsächlich involviert scheinen, dass eben für sie die Zeit gekommen ist, nicht nur zu reden, sondern ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um eine Lösung zu finden.»

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html>

² Im November 2021 fand in Glasgow die 26. Weltklimakonferenz (COP 26) statt.

³ *Shirin Abu Aklis* war eine engagierte palästinensische Journalistin, die im Mai 2022 getötet wurde, sehr wahrscheinlich von einem israelischen Soldaten.

(Übersetzung ZDF)

mus gefordert, aber ein Feindbild USA, Nato oder EU ist nicht zu finden. Statt dessen bekennen sich die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zum «Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten», heben ihr Bekenntnis «zu einer friedlichen Lösung von Differenzen und Streitigkeiten zwischen Staaten durch Dialog und Verhandlungen» hervor und «unterstützen alle Anstrengungen, die zu einer friedlichen Lösung von Krisen führen».

Dinge, die eigentlich für alle Staaten der Welt selbstverständlich sein sollten

Zur Ukraine formulieren sie nur wenige Sätze: «Wir unterstützen Gespräche zwischen Russland und der Ukraine. Wir haben auch über unsere Sorgen über die humanitäre Situation in und rund um die Ukraine gesprochen und unsere Unterstützung zum Ausdruck gebracht für die Anstrengungen des Uno-Generalsekretärs, der Uno-Agenturen und des IKRK, humanitäre Hilfe zu leisten in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien der Menschlichkeit, Neutralität und Unparteilichkeit, so wie sie in der Resolution 46/2182 der UN-Generalversammlung niedergelegt wurde.»

In weiteren Punkten des Kapitels über die «Sicherung von Frieden und Sicherheit» geht die Abschlusserklärung auf die Situation in Afghanistan, im Iran, im Nahen Osten und in Afrika ein, betont immer den Gedanken der friedlichen Konfliktlösung sowie der Souveränität der betroffenen Staaten und fordert schliesslich entschlossene Schritte bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle, gerade auch bei Massenvernichtungswaffen.

Die ersten Seiten der Abschlusserklärung beginnen mit einem Bekenntnis zum gegenseitigen Respekt und Verständnis, zur Gleichheit, Solidarität, Offenheit, Inklusivität und zum Konsensprinzip. Die BRICS-Staaten wollen ihre Zusammenarbeit verstärken und vertiefen und mehr Möglichkeiten für länderübergreifende Beziehungen der Menschen schaffen. Sie bekennen sich zum Multilateralismus und zur zentralen Rolle der Vereinten Nationen, fordern aber auch dringende Reformen der UN-Organ-

sation, insbesondere im Sicherheitsrat. Sie würdigen verschiedene UN-Organisationen wie die WTO und die WHO, aber auch die G20. Man möge die Abschlusserklärung selbst einmal ganz lesen, um festzustellen, dass hier nichts Revolutionäres oder Besonderes gefordert wird, sondern Dinge, die eigentlich für alle Staaten der Welt selbstverständlich sein sollten. Nur: Sie sind es heute nicht mehr.

Die politische Führung Russlands hat in den vergangenen Wochen seit dem 24. Februar und den Reaktionen der Nato und ihrer Verbündeten immer wieder geäussert, dass die Nato einen neuen Eisernen Vorhang mitten durch Europa hochgezogen hat und sich Russland deshalb anders orientieren muss und wird: in Richtung Eurasien. Was soll das Land denn sonst tun?

Aber das kann und darf nicht das «Ende der Geschichte» sein. Europa wäre gut beraten, nicht weiter bei der Spaltung der Welt mitzumachen. Der Preis dafür wäre sehr, sehr hoch – und diese Spaltung der Welt ist auch kein politisches Naturgesetz. Im Gegenteil, der gesunde Menschenverstand spricht auch hier dagegen. Aber derzeit auf die politisch Verantwortlichen in den europäischen Nato-Staaten und die Verantwortlichen in den verbündeten Staaten zu hoffen, ist wohl vergeblich. Um so wichtiger sind die Stimmen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html>

² https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202206/t20220623_10709037.html

«Trotz der derzeitigen kriegstreiberischen Propaganda, der Vereinfachung und Verzerrung der wahren Ursachen des Konflikts in der Ukraine ist es ganz klar, dass die EU keine Alternative zu Russland als wichtigstem Nachbarn und Partner bei der Aufrechterhaltung der europäischen Stabilität, Entwicklung und des gemeinsamen Wohlstands hat. Wieviel Zeit muss noch vergehen, bis die EU Führungspersönlichkeiten hat, die in der Lage sind, diese Tatsache anzuerkennen?»

Živadin Jovanović, Präsident Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen

Unmut in den USA über Hilfspaket für die Ukraine

ts. Die *Heritage Action*, laut eigenen Angaben eine konservative Basisorganisation mit zwei Millionen Basisaktivisten, veröffentlichte unlängst eine Erklärung der Geschäftsführerin *Jessica Anderson* vor der Abstimmung des US-Repräsentantenhauses über ein 40 Milliarden Dollar schweres Hilfspaket für die Ukraine. Darin kommt zum Ausdruck, dass in den USA viele mit der offiziellen Ukraine-Politik nicht einverstanden sind:

«Dieses vorgeschlagene Hilfspaket für die Ukraine nimmt Geld von den Prioritäten des amerikanischen Volkes weg und schickt unsere Steuergelder rücksichtslos an eine fremde Nation ohne jegliche Rechenschaftspflicht. Amerika kämpft mit einer rekordverdächtigen Inflation, Schulden, einer durchlässigen Grenze, Kriminalität und Energieknappheit, doch die progressiven Politiker in Washington räumen einem Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 40

Milliarden Dollar Vorrang ein – mehr als der gesamte Jahreshaushalt des US-Justizministeriums.

Das amerikanische Volk erwartet von seinen gewählten Vertretern, dass sie die Grösse, den Umfang und die Finanzierungskonten dieses Pakets ernsthaft in Betracht ziehen, anstatt es nach weniger als sechs Stunden eingehender Prüfung blind zu unterstützen. [...] Die Bemühungen der Regierung *Biden*, zusätzliche Mittel für die Ukraine bereitzustellen, kommen zu einer Zeit, in der die Regierung und die Demokraten im Kongress sich weigerten, auch nur einen Bruchteil dieses Betrags zur Lösung der ernstesten Probleme an der Südgrenze der USA bereitzustellen. Die Gesetzgebung kommt auch inmitten einer rekordverdächtigen Inflation, die im März bei über 8 % lag.»

Quelle: <https://heritageaction.com/press/ukraine-aid-package-puts-america-last>

Wem dient der Krieg in der Ukraine?

ds. Während der Krieg in der Ukraine andauert und immer neue Opfer fordert, drängt sich die Frage auf, wem dieser Krieg denn eigentlich nützt:

Wenn man sich erinnert, dass das Ziel der amerikanischen Aussenpolitik seit mehr als 100 Jahren besteht, ein wirtschaftliches und politisches Zusammenkommen zwischen Russland und dem westlichen Europa zu verhindern, so haben die USA ihr Ziel erreicht.

Ein neuer *Eiserner Vorhang* trennt nun wieder den Westen vom Osten.

Die EU hat auf Druck der USA ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Russland gekappt und den amerikanischen Forderungen nach Aufrüstung nachgegeben. Die «schnelle Eingreiftruppe» der Nato soll von derzeit 40 000 auf 300 000 Soldaten aufgestockt und schwere Waffen sollen vor allem ins Baltikum und nach Polen verlegt werden. Im neuen strategischen Konzept der Nato wird Russland nicht mehr als «strategischer Partner», sondern als Feind behandelt.

Glaubt wirklich jemand, dass das dem Frieden dient?

Wer hat uns die Energie-Misere eingebrockt?

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Wer am Abend des 29. Juni Schweizer Radionachrichten oder die SRF-Tagesschau eingeschaltet hat, wurde mit der Nase auf die knallharten Gesetze der Realität gestossen: Da war von einer Gas- und Strommangellage die Rede, die bereits im kommenden Winter in der Schweiz ankommen könnte, und ein entsprechender Notfallplan des Bundes wurde vorgestellt. Der Bundesrat hatte am Nachmittag zu einer Medienkonferenz¹ eingeladen, in der UVEK-Chefin Simonetta Sommaruga und WBF-Chef Guy Parmelin die Bevölkerung über den neuesten Stand und über ihre Sicht der Dinge informierten.² Dabei müssen wir auseinanderdividieren, was die Fakten sind, wer sie verursacht hat und inwiefern sie etwas mit dem Ukraine-Krieg zu tun haben, wie in der Konferenz und in den Medien verschiedentlich behauptet wurde.

Am 21. Mai 2017 stimmten 58% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit Ja zur «Energiestrategie 2050». Im Abstimmungsbüchlein hatte der Bundesrat mit den schönsten Schmalmeinklängen für ein Ja geworben: «Mit dem ersten Paket der Energiestrategie 2050 kann die Schweiz den Energieverbrauch senken, die Abhängigkeit von importierten fossilen Energien reduzieren und die einheimischen erneuerbaren Energien stärken. Damit bleiben die Investitionen in der Schweiz und fliessen nicht ins Ausland ab. Die Vorlage sorgt für eine sichere und saubere Energieversorgung. Zudem führt sie zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie.» Wer wollte schon nein sagen zu einer so verlockenden Zukunftsperspektive? Heute, fünf Jahre später, muss man feststellen: Nichts davon ist eingetroffen.

Energieverbrauch senken?

Kürzlich war in der Tagespresse zu lesen: «Die Schweiz wird in den nächsten dreissig Jahren viel mehr Strom benötigen, als bei der Energiestrategie 2050 angenommen wurde.» («Neue Zürcher Zeitung» vom 31. Mai 2022) Es ist zwar für die Umwelt günstig, dass immer mehr Leute auf Elektroautos umstellen – aber das bedeutet mehr Strombedarf anstelle von Benzin. Die nach wie vor steigende Zuwanderung in unser dichtbesiedeltes Land hebt zudem allfällige Einsparungen auf: Mehr Menschen brauchen mehr Energie. Dass die Deckung des weiterwachsenden Energiebedarfs der Schweiz bald nicht mehr gesichert sein wird, war schon lange vor dem 24. Februar 2022 bekannt. Da kommt manchen Leuten die Ukraine-Krise gerade recht, um von den unzutreffenden Behauptungen vor der Volksabstimmung von 2017 abzulenken.

«Weltweite Energiekrise»: Sind die Russen schuld?

Bundesrätin Sommaruga im Interview nach der Medienkonferenz: «Wir haben einen Krieg in Europa. Wir sehen, dass Russland jetzt zum Teil die Gasexporte gedrosselt hat. Das heisst, ganz Europa ist in einer Energiekrise. Die Schweiz ist keine Insel, wir sind ein Teil davon. [...] In den letzten Wochen hat sich die Situation verschärft. Weil Russland jetzt auch zum Teil gegenüber Deutschland – und das ist für die Schweizer Gasversorgung ein sehr wichtiges Land – die Schraube nochmals angezogen hat.»³

Ja, Gopfridstutz, wer hat uns denn die Misere eingebrockt? Die unsäglichen Sanktionen hat nicht Putin erfunden. Wir Europäer, die Schweiz inklusive, sind sehenden Auges hineingelaufen, statt dass wir dem Kommando aus Washington den Gehorsam verweigert hätten. Die Russen ihrerseits haben uns seit jeher, auch im Kalten Krieg, soviel Öl und Gas geliefert, wie wir bestellt und bezahlt hatten. Aber nachdem wir Russland und seine Bürger (nicht nur Milliardäre!) bis zum Gehtnichtmehr schikaniert und ausgegrenzt und seine Weltkulturgüter auf den Index gesetzt haben – wen wundert's, dass die Russen sich andere Abnehmer suchen?

Gas-Versorgungssicherheit: Aktiver Einsatz der Gasbranche und Nord-Süd-Transit

Etwa 15% des Schweizer Energiebedarfs werden mit Erdgas gedeckt. 43% des Gases importiert die Schweiz aus Russland, 22% aus Norwegen und 19% aus der EU, den Rest aus

«Was die sinnvollen Möglichkeiten zum Energiesparen betrifft, haben wir in unserer ressourcen-verschwenderischen Gesellschaft noch viele «leerstehende Turnhallen», wo wir Energie sparen können, bevor wir in unseren Wohnungen frieren müssen. Für eine gedeihliche Zukunft unseres Landes – und der anderen europäischen Völker – ist es aber auch wichtig, dass wir Bürger uns gegen die brutale Zerstörung der Beziehungen zu Russland und seinen Bürgern durch unsere Regierungen zu Wort melden. Nicht nur, damit wir wieder Öl und Gas erhalten!»

anderen Ländern (*gazenergie.ch*). Aus der Medienmitteilung des Bundesrates vom 29. Juni 2022: «Die Schweiz hat keine eigenen Gasspeicher und ist daher vollständig auf Importe angewiesen. Bis zu drei Viertel der Gaslieferungen in die Schweiz erfolgen via Deutschland. Von Gasengpässen in der EU und insbesondere in Deutschland wäre deshalb auch die Schweiz betroffen. Können die Speicher nicht entsprechend den Plänen gefüllt werden, lässt sich eine Mangellage im kommenden Winter nicht ausschliessen.»⁴

Was tut der Bundesrat gegen eine mögliche Gasmangellage? Bisher hat er die Gasbranche veranlasst, eine «Task Force Winterversorgung 2022/2023» einzurichten. Diese hat dem Bundesrat am 29. Juni ihr Konzept zur Schaffung einer Winter-Gasreserve präsentiert. Dazu gehört unter anderem «die Einrichtung einer physischen Gasreserve in Gasspeichern der Nachbarländer. Diese soll 15% (rund 6 TWh) des jährlichen Gasverbrauchs der Schweiz von rund 35 TWh abdecken.» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 29. Juni 2022) Hier ist auch zu lesen, dass wir im Winter tatsächlich viel mehr Gas verbrauchen, nämlich 30 TWh, im Sommer lediglich 5 TWh!

Die Schweiz hat zwar keine eigenen fossilen Brennstoffe, aber ihre Lage als Dreikreuz in Europa bringt auch Vorteile: Der Nord-Süd-Transit über die Alpen beschert uns nicht nur luftverpestende Auto- und Lastwagenschlangen, sondern ist auch für den Strom- und Gasfluss unserer Nachbarn von grosser Bedeutung. Die Transitgasleitung bringt im aargauischen Wallbach Gas aus Deutschland und im solothurnischen Rodersdorf solches aus Frankreich ins Land, wo es durch die nationalen Transportleitungen verteilt wird. Ein Teil fliesst aus dem Wallis nach Italien, Gas kann aber auch umgekehrt vom Süden nach Deutschland fliessen, zum Beispiel aus Nordafrika. Rund 90% der Menge, die durch die Transitgasleitung fliesst, sind für den Transit bestimmt, etwa 10% für die Schweiz. Mit der Transitgasleitung hat die Schweiz also für schlechte Zeiten ein Pfand in der Hand, so der «Tages-Anzeiger» vom 3. Juli 2022.⁵

Man sollte annehmen, dass der Bundesrat dieses Pfand in guten Zeiten genutzt und Vorsorge getroffen hätte. Es verwundert, wie zögerlich die Exekutive in der heutigen unsicheren Lage bleibt.

Versorgung mit Gas: zwei dringende Hausaufgaben des Bundesrates

Erstens: Lieferabkommen mit den Nachbarländern. Dazu der Branchenverband VSG: «Der kritische Punkt bleibt, dass das beschaffte Gas tatsächlich in die Schweiz gelangt. Der Bundesrat muss sich zwingend weiter dafür einsetzen, um von den Nachbarländern entsprechende Zusagen zu erhalten.»⁶

Und wenn unsere Nachbarländer selbst zu wenig Gas haben – werden sie uns dann weiter beliefern? «Dafür gebe es keine Garantie», sagte Simonetta Sommaruga an der Medienkonferenz vom 29. Juni. Deshalb sind schriftliche Vereinbarungen – sogenannte «Solidaritätsabkommen» – um so dringender. Mit Frankreich besteht zwar ein Staatsvertrag, aber dort gibt es immer wieder ernsthafte Stromlücken, weil Kernreaktoren aus Sicherheitsgründen abgestellt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass laut Bundesrat Guy Parmelin, ElCom-Präsident Werner Luginbühl und anderen Energiefachleuten an der Medienkonferenz bereits im kommenden Winter ein Gas- und/oder Strom-Engpass eintreten könnte, geht der Bundesrat die Sache erstaunlich locker an. Laut seiner Medienmitteilung vom 29. Juni sind die Gespräche mit Deutschland «am Laufen». Am WEF im Mai haben Sommaruga und Parmelin mit dem deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck «abgemacht, ein entsprechendes Ab-

kommen abzuschliessen». Eine erste Verhandlungsrunde habe im Juni 2022 stattgefunden. Ob bei diesem Schnecken tempo die Zeit reicht bis zum Herbst?

Zweitens: Wussten Sie, dass die Schweiz über keine Gasspeicher im Inland verfügt? Reserven im Ausland – auch wenn wir sie bereits bezahlt haben! – sind bei einer allgemeinen Knappheit eine höchst unzuverlässige Einrichtung, wie wir in der Corona-Krise erfahren haben. Deshalb hat der Bundesrat endlich für Gasspeicher im Inland zu sorgen, so der Verband der Schweizerischen Gasindustrie: «Der VSG begrüsst zudem, dass der Bund Bemühungen zum Aufbau von Gasspeicherkapazitäten in der Schweiz unterstützen will. Entsprechende Projekte sind bislang an der Wirtschaftlichkeit und mangelnder Unterstützung durch die Behörden gescheitert.» (Medienmitteilung des VSG vom 29. Juni 2022) Aber auch in diesem Punkt tut sich Bundesrätin Sommaruga nicht durch besondere Entschlossenheit und Eile hervor: Ihr Departement, zusammen mit dem Wirtschaftsdepartement, «prüft [...] wie der Aufbau von Gasspeicherkapazitäten in der Schweiz gefördert werden kann und wird den Bundesrat bis Ende August 2022 über den Stand der Prüfungen informieren» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 29. Juni 2022). Bis zum ersten Spatenstich werden vermutlich mehrere Winter vorbei sein.

Strom-Versorgungssicherheit: Wasserkraft fördern statt bremsen

Dass in der Schweiz der Ausbau der erneuerbaren Energien nur sehr schwer vorankommt, hat mit dem Ukraine-Krieg jedenfalls nichts zu tun. *Zeit-Fragen* hat wiederholt darauf hingewiesen, dass neben den «neuen Erneuerbaren» auch die stärkste Energiequelle der Schweiz, die Wasserkraft, künftig viel mehr Strom liefern könnte als heute, wenn alle politischen Kräfte dies wollten.⁷

Bundesrätin Sommaruga in der Medienkonferenz: «Die 15 neuen Stauseeprojekte, die vor zwei Jahren in Zusammenarbeit mit Verbänden geplant wurden, haben eine sichere Stromversorgung der Schweiz als Ziel.» Nun müssten alle zusammenarbeiten: die ElCom, Kantone, Parteien und der Bundesrat.⁸

Tatsächlich harzt es vor allem bei den ausufernden Einsparungen gegen jede Erhöhung einer Staumauer – auch von Umweltschutzverbänden, die beim Treffen mit Frau Sommaruga den erwähnten 15 Projekten zugestimmt haben! Jetzt, wo eine Strommangellage in die Nähe rücken könnte, sind gemäss einer Umfrage 67% der Befragten «für deutliche Abstriche beim Umweltschutz, um die Produktion von erneuerbarer Energie zu steigern». 65% sind für den Bau von Stauseen in Gebieten, wo früher Gletscher waren. 70% wollen eine Straffung des Beschwerderechts, um den Ausbau zu beschleunigen.⁹ In diesem Sinne schlägt Bundesrätin Sommaruga seit einiger Zeit ein einziges Beschwerdeverfahren pro Bauprojekt vor, statt dass jeder Verband separat seine Einsprache gegen jede einzelne Bauetappe bis zum Bundesgericht ziehen kann, was zum Teil zu jahrzehntelangen (!) Verzögerungen führt. Hier müssten das Parlament und das Stimmvolk einen Pflock einschlagen.

Was können wir Bürger zur gedeihlichen Entwicklung unseres Landes beitragen?

Positiv ist zu vermerken, dass in der Medienkonferenz und den damit verbundenen zahlreichen Verlautbarungen kein einziges Mal das fehlende Stromabkommen der Schweiz mit Brüssel beklagt wurde. Offenbar war es für jedermann klar: Wenn es um die Wurst, beziehungsweise um den «Most» (Benzin) geht, lösen die Nachbarländer ihre gegenseitigen Probleme bilateral, wie seit eh und je.

Bundesrat Guy Parmelin warb indessen an der Medienkonferenz fürs Energiesparen: Es werde immer wahrscheinlicher, dass es im Winter zu einem Engpass komme. Weil derzeit mehrere französische AKW abgeschaltet seien, sei auch ein Strommangel nicht ausgeschlossen. Obwohl wir heute genügend Energie hätten, wolle der Bundesrat die Bevölkerung sensibilisieren. Zum Beispiel «müssten leerstehende Turnhallen [...] nicht geheizt werden». Wenn die Sparappelle nicht genügen, müsse eine Kontingentierung der Gaszufuhr (für Grossverbraucher) ins Auge gefasst werden. In der Frageunde mit den Medienvertretern kam es auch zu ungewollt komischen Aussagen: «Müssen wir nun den Thermostat runterstellen, oder ist das nur eine Empfehlung?» wollte ein Journalist wissen. Es sei eine Empfehlung, antwortete Parmelin und fügte bei: Er habe selber keine Gasheizung, aber es wäre sicher nicht falsch, dort zu sparen und die Temperatur etwas zu reduzieren.

Übrigens ganz schön happig, der Notfallplan des Bundes! Die letzte Stufe nach den Kontingenten für die Grossbezügler (dazu gehören zum Beispiel die SBB oder die Post) sind zyklische Stromunterbrüche (8 Stunden ein- und 4 Stunden ausgeschaltet, oder 4 – 4 – 4).¹⁰ Das würde den Wirtschaftsstandort Schweiz samt uns Erwerbstätigen und Konsumenten ganz schön durchschütteln. Viel gescheiter wäre es, wenn Bundesbern seine innen- und aussenpolitischen Hausaufgaben erledigen würde – möglichst bevor uns die Mangellage ins Haus steht.

Fazit: Was die sinnvollen Möglichkeiten zum Energiesparen betrifft, haben wir in unserer ressourcen-verschwenderischen Gesellschaft noch viele «leerstehende Turnhallen», wo wir Energie sparen können, bevor wir in unseren Wohnungen frieren müssen. Für eine gedeihliche Zukunft unseres Landes – und der anderen europäischen Völker – ist es aber auch wichtig, dass wir Bürger uns gegen die brutale Zerstörung der Beziehungen zu Russland und seinen Bürgern durch unsere Regierungen zu Wort melden. Nicht nur, damit wir wieder Öl und Gas erhalten! Das Schlusswort überlassen wir Maria Sacharowa, der Sprecherin des russischen Aussenministeriums: «Wir stellen mit Bedauern fest, dass der neutrale Status der Schweiz erste Risse aufweist und dass sich diese Entwicklung fortsetzt. [...] Bedauerlicherweise können die gegenwärtigen Beurteilungen und Ansätze von Bern zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine in keiner Weise als neutral oder wohlüberlegt bezeichnet werden. Natürlich wird dieser Aspekt im Dialog mit Bern sowohl in bezug auf die bilaterale als auch in bezug auf die internationale Agenda für Russland eine Rolle spielen.»¹¹ Uns Schweizern zur Mahnung!

¹ «Drohende Energie-Krise. Sommaruga: Eine Gasmangellage würde uns hart treffen.» *SRF News. Liveticker zur Medienkonferenz des Bundesrates* vom 29.6.2022

² UVEK: Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. WBF: Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

³ Rhy, Larissa. «Energieknappheit. Frau Sommaruga, müssen wir bald mit einem Energie-Alarm rechnen?» Interview in: *SRF Tagesschau* vom 29.6.2022

⁴ «Energie: Bundesrat und Branche stärken Gas-Beschaffung und bereiten sich auf mögliche Mangellagen vor.» *Medienmitteilung des Bundesrates* vom 29.6.2022

⁵ Felber-Eisele, Philipp; Häne, Stefan. «Energieversorgung in Europa. Schweizer Gasleitung wird zum politischen Pfand». In: *Tages-Anzeiger* vom 3.7.2022

⁶ Verband der Schweizerischen Gasindustrie VSG. «Gaswirtschaft sichert Winterversorgung 2022/23 weiter ab.» *Medienmitteilung* vom 29.6.2022

⁷ siehe zum Beispiel «Aktuelle Schweizer Strompolitik. Stromversorgungssicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.» In: *Zeit-Fragen* vom 22.2.2022

⁸ «Drohende Energie-Krise. Sommaruga: «Eine Gasmangellage würde uns hart treffen»». *SRF News. Liveticker zur Medienkonferenz* vom 29.6.2022

⁹ Forster, Christof. «Energiewende: Mehrheit der Bevölkerung ist laut Umfrage für deutliche Abstriche beim Umweltschutz und schlankere Verfahren». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31.5.2022

¹⁰ siehe *www.ostral.ch*. OSTRAL ist die «Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen», eingesetzt vom «Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)», die im Auftrag des Bundesrates den Strom-Notfallplan umsetzen würde.

¹¹ «Russland will die Ukraine schützen». Interview von Guy Mettan mit der Sprecherin des russischen Aussenministeriums, Maria Sacharowa. In: *Weltwoche* vom 30.6.2022

Die andere Sicht/Dokumentation

Der wirtschaftliche Blitzkrieg gegen Russland ist gescheitert

Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem 25. Internationalen Petersburger Wirtschaftsforum am 17. Juni 2022 (Auszüge)



Der russische Präsident Wladimir Putin als Redner in St. Petersburg. (Bild Sergei Bobylev, TASS)

zf. Beim 25. Internationalen Petersburger Wirtschaftsforum hat der russische Präsident Wladimir Putin eine rund einstündige Rede gehalten. Im ersten Teil seiner Rede ging er auf die sich radikal wandelnde weltwirtschaftliche Situation und die Rolle Russlands dabei ein. Im zweiten Teil listete er sehr konkret die Pläne für die Weiterentwicklung der russischen Wirtschaft auf – Pläne, die auch an das Konzept der sozialen Marktwirtschaft erinnern und gesamtgesellschaftlich angelegt sind. Dabei wandte er sich gegen die Parole einer Autarkie der russischen Wirtschaft und betonte statt dessen die zentrale Bedeutung internationaler Wirtschaftsbeziehungen – aber auf absehbare Zeit kaum noch zu den Volkswirtschaften des «Westens». Vor allem aber betonte er die Souveränität seines Landes in Fragen der Wirtschaftsordnung – sowie eines jeden anderen Landes auch. Wir dokumentieren in Auszügen den ersten Teil der Rede und verweisen auf die deutsche Übersetzung der gesamten Rede, die Thomas Röper besorgt hat.¹ Die Zwischentitel hat Zeit-Fragen gesetzt.

[...] Vor anderthalb Jahren habe ich auf dem Forum in Davos noch einmal betont, dass die Ära der unipolaren Weltordnung vorbei ist. [...] Veränderungen sind der natürliche Lauf der Geschichte, denn die zivilisatorische Vielfalt des Planeten, der Reichtum der Kulturen lässt sich nur schwer mit politischen, wirtschaftlichen und anderen Schablonen vereinbaren. Schablonen, die grob und alternativlos von einem Zentrum aufgezungen werden, funktionieren hier nicht.

Der Fehler liegt in der Vorstellung selbst, dass es eine Macht gibt – sei es auch eine starke Macht mit einem begrenzten Kreis nahestehender Staaten – und dass alle Regeln der Wirtschaft und der internationalen Beziehungen, wenn nötig, ausschliesslich im Interesse dieser Macht ausgelegt werden.

Grundlegende Veränderungen

Eine auf einem solchen Dogma beruhende Welt ist per Definition nicht von Dauer. Die Vereinigten Staaten, die den Sieg im Kalten Krieg verkündet haben, haben sich selbst zum Botschafter Gottes auf Erden erklärt, der keine Pflichten hat, sondern nur Interessen, und diese Interessen werden dabei für heilig erklärt. Sie bemerken buchstäblich nicht, dass auf dem Planeten in den letzten Jahrzehnten neue mächtige Zentren entstanden sind, die immer lauter von sich hören lassen. Jedes von ihnen entwickelt seine eigenen politischen Systeme und öffentlichen Institutionen, setzt seine eigenen Modelle des Wirtschaftswachstums um und hat natürlich das Recht, diese zu schützen und seine nationale Souveränität zu sichern.

Wir sprechen von objektiven Prozessen, von wirklich revolutionären, tektonischen Veränderungen in der Geopolitik, in der Weltwirtschaft, in der Technologie, im gesamten System der internationalen Beziehungen, in dem die Rolle der dynamischen, vielversprechenden Staaten und Regionen, deren Interessen nicht mehr ignoriert werden können, erheblich zunimmt.

Westliche Eliten

«klammern» sich an die alte Ordnung ...

Ich wiederhole: Diese Veränderungen sind grundlegend, entscheidend und unaufhaltsam. Und es ist ein Irrtum zu glauben, dass man die Zeit des turbulenten Wandels sozusagen aussitzen und abwarten kann, dass dann

angeblich alles wieder in die gewohnten Bahnen zurückkehrt, dass alles so sein wird wie früher. Das wird es nicht. Allerdings scheint es, dass die herrschenden Eliten einiger westlicher Staaten sich genau diesen Illusionen hingeben. Sie wollen das Offensichtliche nicht sehen und klammern sich hartnäckig an die Schatten der Vergangenheit. Sie glauben zum Beispiel, dass die Dominanz des Westens in der Weltpolitik und -wirtschaft ein konstanter, ewiger Wert ist. Nichts ist ewig.

Dabei verleugnen unsere Kollegen nicht nur die Realität. Sie versuchen, sich dem Lauf der Geschichte entgegenzustellen. Sie denken in den Kategorien des letzten Jahrhunderts. Sie sind Gefangene ihrer eigenen Irrtümer über Länder ausserhalb der sogenannten goldenen Milliarde, sie betrachten alle anderen als Peripherie, als ihren Hinterhof.

... mit schlimmen Folgen

Weil sie sich selbst für aussergewöhnlich halten, betrachten sie die anderen immer noch als Kolonien und die dort lebenden Völker als Menschen zweiter Klasse. Wenn sie aussergewöhnlich sind, dann sind alle anderen zweitklassig. Daher kommt der unbändige Wunsch, jeden, der aus der Reihe tanzt, der nicht blind gehorchen will, zu bestrafen und wirtschaftlich zu vernichten. Mehr noch, sie drängen allen auf rüde und skrupellose Weise ihre Ethik, ihre Meinungen über Kultur und Geschichte auf, stellen mitunter die Souveränität und Integrität von Staaten in Frage und bedrohen deren Existenz.

Man muss sich nur an das Schicksal von Jugoslawien und Syrien, Libyen und vom Irak erinnern. Wenn es nicht gelingt, einen der Widerspenstigen zu fangen und zu befrieden, versuchen sie, ihn zu isolieren oder, wie man heute sagt, zu «canceln». Alles wird benutzt, sogar der Sport, die olympische Bewegung, das Verbot von Kultur, von Meisterwerken der Kunst, nur weil ihre Urheber die «falsche» Herkunft haben.

Das ist der Grund für die derzeitige Russophobie im Westen und für die irrsinnigen Sanktionen gegen Russland. Sie sind irrsinnig und, ich würde sagen, hirnlos. Sowohl ihre Anzahl als auch die Geschwindigkeit, mit der sie durchgestempelt werden, sind beispiellos. Das Kalkül war klar: Die russische Wirtschaft sollte durch die Unterbrechung von Geschäftsverbindungen, den gewaltsamen Rückzug westlicher Unternehmen vom russischen Markt und das Einfrieren russischer Vermögenswerte zerschlagen werden, um die Industrie, das Finanzwesen und den Lebensstandard der Menschen zu treffen.

Misserfolg auf ganzer Ebene

Das hat nicht geklappt. Es ist offensichtlich, dass das nicht geklappt hat, es ist nicht passiert. Russische Unternehmer und die Regierung haben professionell zusammengearbeitet, die Menschen haben Solidarität und Verantwortung gezeigt.

Schritt für Schritt werden wir die wirtschaftliche Lage normalisieren. Zuerst haben wir die Finanzmärkte, das Bankensystem und das Handelsnetz stabilisiert. Jetzt sind wir dabei, die Wirtschaft mit Liquidität und Betriebskapital zu versorgen, um die Widerstandskraft der Unternehmen und die Arbeitsplätze zu erhalten.

Die düsteren Prognosen über die Aussichten der russischen Wirtschaft, die bereits im Frühjahr zu hören waren, haben sich nicht bewährt. Gleichzeitig ist klar, warum diese Propagandakampagne so aufgeblasen wurde, woher all dieses Vorhersagen [...] über den Zusammenbruch unserer Wirtschaft insgesamt kamen – all das war und ist ein Instrument im Informationskrieg [...]. Das Leben hat diese Vorhersagen widerlegt. [...]

Stabiler und gesunder Staatshaushalt stützt die Wirtschaft und erleichtert Hilfsmassnahmen

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres weist der Staatshaushalt einen Überschuss von 1,5 Billionen Rubel² auf, während der konsolidierte Haushalt einen Überschuss von 3,3 Billionen Rubel ausweist. Allein im Mai betrug der Überschuss im Staatshaushalt fast

eine halbe Billion Rubel, mehr als viermal so viel wie im Mai letzten Jahres. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Voraussetzungen für die Ankurbelung der Produktion und die Erhöhung des Angebots auf dem Binnenmarkt zu schaffen und die Angebotsausweitung mit der Endnachfrage auszubalancieren und die Kreditvergabe der Banken an die Wirtschaft zu gewährleisten. Ich habe bereits gesagt, dass wir besondere Massnahmen ergriffen haben, um das Betriebskapital der Unternehmen aufzufüllen. [...]

Ich möchte hinzufügen, dass es für uns generell wichtig ist, die Verfügbarkeit von langfristigen Finanzmitteln, von Krediten für die Wirtschaft zu erhöhen. In naher Zukunft sollte sich der Schwerpunkt bei der Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit von hauswirtschaftlichen Konjunkturmassnahmen auf marktorientierte Bankkreditmechanismen verlagern. [...]

Verehrte Kollegen! Ich habe schon gesagt, dass der wirtschaftliche Blitzkrieg gegen Russland von Anfang an keine Aussicht auf Erfolg hatte.

Zweischneidige Sanktionswaffen

Zugleich sind Sanktionswaffen, wie wir wissen – und die Praxis der letzten Jahre zeigt das deutlich – zweischneidig. Sie fügen ihren Ideologen und Konstrukteuren einen vergleichbaren, wenn nicht sogar grösseren Schaden zu.

Die Rede ist nicht nur von den derzeit offensichtlichen Folgen. Wir wissen, dass unter den europäischen Staats- und Regierungschefs auf der Ebene informeller Gespräche über die sehr besorgniserregende Perspektive gesprochen wird, dass Sanktionen nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen jeden anderen unerwünschten Staat verhängt werden könnten, was früher oder später alle treffen kann, auch die Mitglieder der Europäischen Union selbst und die europäischen Unternehmen.

Bislang ist es noch nicht so weit, aber die europäischen Politiker haben ihrer Wirtschaft bereits einen schweren Schlag versetzt – und zwar mit ihren eigenen Händen. Wir sehen, wie sich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Europa und auch in den USA verschärft haben, wie die Kosten für Waren, Lebensmittel, Energie und Benzin gestiegen sind, wie die Lebensqualität der Europäer gesunken und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen geschwächt worden ist.

Experten schätzen, dass alleine die direkten, «berechneten» Verluste der EU durch den Sanktionswahn im kommenden Jahr 400 Milliarden Dollar übersteigen können. Das ist der Preis der realitätsfernen Entscheidungen, die entgegen dem gesunden Menschenverstand getroffen werden.

Diese Kosten werden direkt von den Menschen und Unternehmen in der Europäischen Union getragen. Die Inflation ist in einigen Ländern der Euro-Zone bereits auf über 20 Prozent gestiegen. [...] Die USA haben auch eine inakzeptable Inflation, die höchste seit 40 Jahren.

Ja, natürlich, auch in Russland ist die Inflation immer noch zweistellig. Aber wir haben bereits die Sozialleistungen und Renten indexiert, den Mindestlohn und das Existenzminimum angehoben und damit die ärmsten Menschen geschützt. Die hohen Zinssätze wiederum haben es den Menschen ermöglicht, ihre Ersparnisse im russischen Bankensystem zu halten. [...]

Darin liegt der wichtigste Unterschied zu den EU-Ländern, wo die steigende Inflation direkt das Realeinkommen der Bevölkerung verringert und ihre Ersparnisse auffrisst, und wo die derzeitigen Folgen der Krise vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen belasten.

Langfristig schwerwiegende Folgen für europäische Unternehmen und die Gesamtgesellschaft

Für die europäischen Unternehmen haben auch das Wachstum der Aussenstände und der Verlust des russischen Marktes langfristig schwerwiegende Folgen. Das Ergebnis ist offensichtlich: der Verlust der globalen Wett-

bewerbsfähigkeit und ein systemischer Rückgang des Wachstums der europäischen Wirtschaft, und zwar für Jahre. All das führt zu einer Verschärfung der grundlegenden Probleme in den westlichen Gesellschaften. [...]

Die unmittelbare Folge der Handlungen der europäischen Politiker und der Ereignisse dieses Jahres wird eine weitere Vertiefung der Ungleichheit in diesen Ländern sein, was wiederum die Spaltung ihrer Gesellschaften weiter vorantreibt. Dabei geht es nicht nur um den Wohlstand, sondern auch um die Werte der verschiedenen Gruppen dieser Gesellschaften.

Ja, diese Widersprüche werden unterdrückt und unter den Teppich gekehrt. Demokratische Verfahren, Wahlen in Europa ... ehrlich gesagt, manchmal schaut man sich an, was dort passiert, welche Kräfte an die Macht kommen – das sieht alles aus wie eine Scheinwelt, wenn politische Parteien, die einander wie Zwillinge ähneln, sich gegenseitig an der Macht abwechseln. Aber in der Sache ändert sich nichts. Die wahren Interessen der Menschen und der nationalen Wirtschaft werden immer weiter an den Rand gedrängt.

Eine solche Abkehr von der Realität, von den Bedürfnissen der Gesellschaft, wird unweigerlich zu einem Aufschwung des Populismus und zum Erstarken extremistischer, radikaler Strömungen, zu schwerwiegenden sozioökonomischen Veränderungen, zur Degradierung und in naher Zukunft zu einem Austausch der Eliten führen. [...]

Verlust der Souveränität der EU und Eintrübung der Weltwirtschaft

Alle Versuche, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, alles Gerede über angeblich akzeptable Kosten im Namen der Pseudo-Einigkeit kann nicht über das Wesentliche hinwegtäuschen: Die EU hat ihre politische Souveränität verloren, und ihre bürokratischen Eliten tanzen nach der Pfeife anderer, akzeptieren, was ihnen von oben befohlen wird, und schaden damit ihrer eigenen Bevölkerung und ihrer eigenen Wirtschaft, ihren eigenen Unternehmen.

Was ist hier noch wichtig? Die Verschlechterung der Lage in der Weltwirtschaft ist keine Sache der letzten Monate [...]. Schon gar nicht das Ergebnis der Militäroperation, die Russland im Donbass durchführt. Derartige Behauptungen sind eine offene und bewusste Verzerrung der Fakten.

Der starke Anstieg der Inflation auf den Rohstoff- und Warenmärkten war schon lange vor den Ereignissen dieses Jahres eine Tatsache. Die Welt wurde durch die jahrelange unverantwortliche makroökonomische Politik der sogenannten G-7-Länder, einschliesslich der unkontrollierten Emissionen und der Anhäufung ungesicherter Schulden, in diese Situation getrieben. Und diese Prozesse haben sich noch beschleunigt, verstärkt durch den Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020, als sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen weltweit drastisch zurückgegangen sind. [...]

Massiver Einsatz der Druckerpresse – ein gefährliches Rezept

Da die Regierungen der führenden westlichen Volkswirtschaften nicht in der Lage oder nicht willens waren, andere Rezepte zu verwenden, haben sie einfach die Druckerpresse angeworfen. Auf diese einfache Art und Weise begannen sie, die noch nie dagewesenen Haushaltsdefizite zu decken.

[...] In den letzten zwei Jahren ist die Geldmenge in den USA um mehr als 38 Prozent gestiegen. Früher hat so ein Anstieg jahrzehntelang gedauert, aber jetzt sind es 38 Prozent in zwei Jahren, das sind 5,9 Billionen Dollar. Im Vergleich: Nur wenige Länder der Welt haben ein höheres Bruttoinlandsprodukt als diese Summe. Auch die Geldmenge in der EU ist in diesem Zeitraum stark gestiegen. Sie ist um rund 20 Prozent oder 2,5 Billionen Euro gewachsen.

In letzter Zeit höre ich immer öfter von der sogenannten – verzeihen Sie, ich mag

Fortsetzung auf Seite 5

«Der wirtschaftliche Blitzkrieg gegen ...»

Fortsetzung von Seite 4

es nicht, mich selbst zu erwähnen, aber ich muss das sagen – wir alle hören von der sogenannten «Putin-Inflation» im Westen. Wenn ich das sehe, denke ich immer: Für wen ist dieser Unsinn gedacht? Vielleicht für diejenigen, die nicht lesen und schreiben können. Menschen, die zumindest lesen können, verstehen, was wirklich vor sich geht.

Die wahren Ursachen liegen nicht bei Russland

Russland und unsere Massnahmen zur Befreiung des Donbass haben damit absolut nichts zu tun. Der heutige Preisanstieg, die Inflation, die Probleme mit Lebensmitteln und Kraftstoffen, Benzin und Energie insgesamt sind das Ergebnis von systemischen Fehlern in der Wirtschaftspolitik der derzeitigen US-Regierung und der Euro-Bürokraten. Da liegen die Ursachen, und nur darin.

Ich sage auch etwas zu unserer Operation: Ja, sie hatte eine gewisse Bedeutung, aber die Wurzeln liegen genau darin, in deren fehlerhafter Wirtschaftspolitik. Für den Westen ist der Beginn unserer Operation im Donbass ein Rettungsanker, der es ihnen ermöglicht, ihre eigenen Fehleinschätzungen anderen, in diesem Fall Russland, in die Schuhe zu schieben. Aber jeder, der zumindest über Grundschulbildung verfügt, versteht die wahren Gründe für die derzeitige Situation.

Es wurden riesige Mengen an Geld gedruckt, und was dann? Wohin ist das ganze Geld geflossen? Es ist offensichtlich: unter anderem in den Kauf von Waren und Dienstleistungen ausserhalb der westlichen Länder – dorthin ist es geflossen, dieses gedruckte Geld. Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes begonnen, alles «aufzusaugen», die globalen Märkte «aufzusaugen». Natürlich dachte niemand an die Interessen der anderen Nationen, einschliesslich der ärmsten. Denen blieben nur die «Reste», und das auch noch zu astronomischen Preisen.

Ende 2019 beliefen sich die Einfuhren in die Vereinigten Staaten auf etwa 250 Milliarden Dollar pro Monat, inzwischen sind sie auf 350 Milliarden Dollar gestiegen. Bemerkenswerterweise betrug der Anstieg 40 Prozent – er ist proportional zur ungedeckten Aufblähung der Dollar-Geldmenge in den letzten Jahren. Sie haben es gedruckt, verteilt und das Geld benutzt, um alle Waren von den Märkten anderer Länder abzusaugen.

Riesige Ungleichgewichte in den westlichen Ländern als Kern des Problems

Ich füge noch etwas hinzu: Die Vereinigten Staaten waren lange ein wichtiger Lieferant von Nahrungsmitteln für den Weltmarkt, und sie sind zu Recht stolz auf ihre Landwirtschaft, ihre Tradition in der Landwirtschaft, die für viele ein Vorbild ist, übrigens auch für uns. Aber heute hat sich die Rolle Amerikas dramatisch verändert. Das Land hat sich von einem Nettoexporteur von Lebensmitteln zu einem Nettoimporteur entwickelt. Grob gesagt, drucken sie Geld und ziehen Rohstoffströme an, indem sie Lebensmittel in der ganzen Welt aufkaufen.

Eine noch höhere Steigerungsrate bei den Wareneinfuhren ist in der Europäischen Union zu beobachten. Es ist klar, dass dieser starke Anstieg der Nachfrage, dem kein entsprechendes Warenangebot gegenübersteht, die Welle von Defiziten und weltweiter Inflation ausgelöst hat. Daher kommt die weltweite Inflation. In den letzten Jahren hat sich fast alles auf der Welt verteuert: Rohstoffe, Konsumgüter und vor allem Lebensmittel.

Ja, natürlich exportieren diese Länder, einschliesslich der Vereinigten Staaten, weiterhin, aber das Gleichgewicht zwischen Exporten und Importen hat sich bereits in die andere Richtung verschoben: Es gibt bereits, ich glaube, für 17 Milliarden mehr Importe als Exporte. Das ist es, worum es geht.

Nach Angaben der Vereinten Nationen lag der weltweite Index der Lebensmittelpreise im Februar dieses Jahres um 50 Prozent höher als im Mai 2020, und der kombinierte Rohstoffindex hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt.

Neue Währungsordnung muss auf reale Werte setzen

Unter den Bedingungen dieses Inflationsorkans stellen sich viele Entwicklungslän-

«Natürlich haben die Sanktionen das Land vor viele schwierige Herausforderungen gestellt. Einige Unternehmen haben immer noch Probleme mit Zulieferteilen. Eine ganze Reihe von technologischen Lösungen ist für unsere Unternehmen nicht mehr verfügbar. Die Logistik ist gestört. Auf der anderen Seite eröffnet uns all das aber neue Möglichkeiten, das sagen wir oft, aber es ist wirklich so. All das ist ein Anreiz, eine Wirtschaft aufzubauen, die über ein umfassendes – und nicht nur teilweises – technologisches, produktionstechnisches, menschliches und wissenschaftliches Potential sowie über Souveränität verfügt.»

der eine berechnete Frage: Warum tauschen sie Rohstoffe gegen Dollar und Euro, die vor ihren Augen an Wert verlieren? Die Schlussfolgerung ist, dass die Wirtschaft der imaginären Einheiten unweigerlich durch eine Wirtschaft mit realen Werten und Vermögenswerten ersetzt wird.

Nach Angaben des IWF belaufen sich die weltweiten Devisenreserven derzeit auf 7,1 Billionen Dollar und 2,5 Billionen Euro, und dieses Geld wertet sich jährlich um etwa acht Prozent ab. Und ausserdem kann es auch noch jederzeit konfisziert, gestohlen werden, wenn den USA die Politik des einen oder anderen Landes nicht gefällt. Das ist für viele Länder, die ihre Devisenreserven in diesen Währungen halten, sehr real geworden.

Nach Ansicht von Experten wird – das ist eine objektive Analyse – schon in den kommenden Jahren der Prozess der Umwandlung der weltweiten Reserven – es gibt bei derartigen Defiziten einfach keine andere Möglichkeit – in echte Ressourcen – das werden natürlich andere Länder tun – wie Nahrungsmittel, Energie und andere Rohstoffe stattfinden. Es ist offensichtlich, dass dieser Prozess die weltweite Dollar-Inflation weiter anheizen wird.

Fehlgeleitete Wirtschaftspolitik des Westens – lange vor der Operation im Donbass

Was Europa betrifft, so haben die verfehlte Energiepolitik, das blinde Vertrauen in erneuerbare Energien und der Börsenhandel von Erdgas, was zu dem starken Anstieg der Energiekosten geführt hat, zusätzlich zu dem plötzlichen starken Preisanstieg beigetragen, den wir seit dem dritten Quartal des vergangenen Jahres beobachten konnten – wiederum lange bevor unsere Operation im Donbass begonnen hat. Wir haben damit absolut nichts zu tun. Das haben sie selbst verbockt, die Preise sind in die Höhe geschossen, und sie suchen wieder nach Schuldigen.

Die Fehlkalkulationen des Westens haben nicht nur zu einer Verteuerung vieler Waren und Dienstleistungen geführt, sondern auch zu einem Rückgang der Produktion von Düngemitteln, insbesondere von Stickstoffdünger aus Erdgas. Insgesamt sind die Preise für Düngemittel allein von Mitte letzten Jahres bis Februar dieses Jahres weltweit um mehr als 70 Prozent gestiegen.

Leider gibt es derzeit keine Anzeichen für eine Umkehr dieses Trends. Im Gegenteil: Vor diesem Hintergrund haben sie die Arbeit ihrer Unternehmen und die Logistik der Düngemittellieferungen aus Russland und Weissrussland blockiert. Damit haben sie die Situation noch weiter in die Sackgasse geführt.

Es ist nicht schwer, die weitere Entwicklung vorherzusagen. Ein Mangel an Düngemitteln bedeutet geringere Erträge und damit die Gefahr einer Verknappung von Lebensmitteln auf dem Weltmarkt, was zu noch höheren Preisen führen wird, wodurch vor allem die ärmsten Länder vom Hunger bedroht werden. Und das wird voll und ganz auf dem Gewissen der US-Regierung und der Euro-Bürokraten lasten.

Ich möchte noch einmal betonen: Dieses Problem ist nicht heute entstanden, nicht in den letzten drei oder vier Monaten, und es war definitiv nicht die Schuld Russlands, wie einige Demagogen jetzt erklären, indem sie die Verantwortung für alles, was in der Weltwirtschaft vor sich geht, auf unser Land abzuwälzen versuchen.

[...] Die Situation hat sich seit Jahren zusammengebraut, angeheizt durch die kurz-sichtigen Handlungen derjenigen, die es gewohnt sind, ihre Probleme auf Kosten anderer zu lösen, die sich auf den Mechanismus der Geldemissionen verlassen haben und immer

noch verlassen, um zu viel zu kaufen, Handelsströme anzuziehen und damit die Defizite zu verschärfen und humanitäre Katastrophen in bestimmten Teilen der Welt zu provozieren. Ich möchte hinzufügen: Es handelt sich im wesentlichen um die gleiche raubkoloniale Politik der Vergangenheit, aber natürlich in einer neuen Form, in einer neuen Auflage, viel subtiler und raffinierter. Man versteht nicht sofort, was vor sich geht.

Versorgung mit Lebensmitteln als wichtigste Aufgabe der Weltgemeinschaft

Die wichtigste Aufgabe der Weltgemeinschaft besteht nun darin, die Versorgung des Weltmarktes mit Nahrungsmitteln zu verbessern und dabei auch den Bedarf der Länder zu decken, in denen die Ernährungslage besonders prekär ist. Wenn es seine heimische Ernährung und seinen Binnenmarkt gesichert hat, kann Russland die Ausfuhren von Lebensmitteln und Düngemitteln erheblich steigern. Unsere Getreidevorräte zum Beispiel können in der nächsten Saison auf 50 Millionen Tonnen ansteigen.

Wir werden unsere Lieferungen vorrangig in die Länder leiten, in denen der Nahrungsmittelbedarf am grössten ist und die Gefahr des wachsenden Hungers besteht. Zunächst einmal geht es hier um afrikanische Länder und den Nahen Osten. [...]

Russland ist bereit, zum Ausgleich der globalen Agrarmärkte beizutragen, und wir begrüßen natürlich die Offenheit unserer Kollegen in der Uno, die die Dringlichkeit des globalen Nahrungsmittelproblems verstehen, für einen Dialog über dieses Thema. Das Thema eines solchen Gesprächs könnte die Schaffung normaler Bedingungen – logistisch und finanziell – für die Steigerung der russischen Lebensmittel- und Düngemittelausfuhren sein. Was die ukrainischen Lebensmittelexporte auf die Weltmärkte betrifft – und ich kann nicht umhin, zu erwähnen, dass es leider auch hier viele Spekulationen gibt –, so behindern wir nichts. Wir sind nicht diejenigen, die die ukrainischen Schwarzmeerhäfen vermint haben. Sollen sie die Minen räumen und es exportieren. Wir werden für die Sicherheit der Handelsschiffe sorgen. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber worüber reden wir? Das US-Landwirtschaftsministerium schätzt, dass die Ukraine etwa sechs Millionen Tonnen Weizen hat, wir schätzen es auf etwa fünf Millionen Tonnen. Und weitere sieben Millionen Tonnen Mais. Das war's. Und wenn man bedenkt, dass die Welt 800 Millionen Tonnen Weizen produziert, dann machen fünf Millionen Tonnen für den Weltmarkt, wie Sie verstehen, überhaupt keinen Unterschied.

Dennoch haben sie Möglichkeiten für den Export, und zwar nicht nur über die Schwarzmeerhäfen. Bitte schön, exportiert es über Weissrussland – das ist übrigens der billigste Weg. Über Polen, Rumänien – so viel Ihr wollt. Es gibt fünf oder sechs Möglichkeiten für den Export. [...] Aber es besteht auch die Gefahr, dass dieses Getreide für die Bezahlung der gelieferten Waffen verwendet wird. Das wäre dann ziemlich traurig.

Westliche Verweigerungshaltung als Ursache für die Militäroperation im Donbass

Liebe Freunde! Wie ich bereits gesagt habe, befindet sich die moderne Welt in einer Phase dramatischer Veränderungen. Die internationalen Institutionen brechen zusammen und versagen. Die Sicherheitsgarantien werden entwertet. Der Westen hat sich prinzipiell geweigert, seine früher eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Mit dem Westen irgendwelche neue Vereinbarungen zu treffen, hat sich als einfach unmöglich erwiesen.

In dieser Situation, vor dem Hintergrund zunehmender Risiken und Bedrohungen für uns, war die Entscheidung Russlands, die Militäroperation durchzuführen, eine erzwungene Entscheidung. Eine natürlich schwierige Entscheidung, aber eine zwingende und notwendige. Das ist die Entscheidung eines souveränen Landes, das das uneingeschränkte, übrigens auf der Charta der Uno basierende, Recht hat, für seine Sicherheit einzustehen. Es war eine Entscheidung, die darauf abzielt, unsere Bürger und die Bewohner der Volksrepubliken des Donbass, die seit acht Jahren einem Völkermord durch das Kiewer Regime und Neonazis ausgesetzt sind, die den vollen Schutz des Westens haben, zu schützen.

Der Westen hat nicht nur versucht, das «Anti-Russland»-Szenario umzusetzen, sondern hat sich auch aktiv an der militärischen Entwicklung des ukrainischen Territoriums beteiligt, indem er die Ukraine buchstäblich mit Waffen und Militärberatern vollgepumpt hat. Er macht damit auch heute noch weiter. Um ehrlich zu sein, interessiert sich im Westen niemand für die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft oder das Wohlergehen der dort lebenden Menschen; sie scheren sich einen Dreck darum, aber an Geld, um einen gegen Russland gerichteten Nato-Brückenkopf im Osten zu schaffen, um Aggression, Hass und Russophobie zu nähren, haben sie nie gespart und tun das auch heute nicht. [...]

Verteidigung der politischen Souveränität und der nationalen Identität Russlands

Souveränität kann im 21. Jahrhundert nicht teilweise, nicht fragmentarisch sein. Alle ihre Elemente sind gleich wichtig, sie verstärken und ergänzen sich gegenseitig. Deshalb ist es für uns wichtig, nicht nur unsere politische Souveränität und unsere nationale Identität zu verteidigen, sondern auch alles zu stärken, was die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes, seine finanzielle, personelle und technologische Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ausmacht. Die Sanktionen des Westens beruhen auf der falschen These, dass Russland wirtschaftlich nicht souverän und in hohem Masse verwundbar ist. Sie waren so sehr damit beschäftigt, Mythen über die Rückständigkeit Russlands und seine schwache Position in der weltweiten Wirtschaft und dem Handel zu verbreiten, dass sie anscheinend selbst daran geglaubt haben. Bei der Planung ihres wirtschaftlichen Blitzkriegs haben sie nicht bemerkt, sie haben die realen Fakten einfach ignoriert, dass sich unser Land in den letzten Jahren verändert hat. Und diese Veränderungen sind das Ergebnis unserer geplanten Arbeit zur Schaffung einer nachhaltigen makroökonomischen Struktur, zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit, zur Umsetzung von Programmen zur Importsubstitution, zum Aufbau eines eigenen Zahlungssystems und so weiter.

Natürlich haben die Sanktionen das Land vor viele schwierige Herausforderungen gestellt. Einige Unternehmen haben immer noch Probleme mit Zulieferteilen. Eine ganze Reihe von technologischen Lösungen ist für unsere Unternehmen nicht mehr verfügbar. Die Logistik ist gestört.

Auf der anderen Seite eröffnet uns all das aber neue Möglichkeiten, das sagen wir oft, aber es ist wirklich so. All das ist ein Anreiz, eine Wirtschaft aufzubauen, die über ein umfassendes – und nicht nur teilweises – technologisches, produktionstechnisches, menschliches und wissenschaftliches Potential sowie über Souveränität verfügt.

Natürlich kann eine so komplexe Aufgabe nicht, wie man sagt, in einem Augenblick gelöst werden. Man muss die Arbeit systematisch und mit Blick auf die Zukunft fortsetzen. Genau so arbeitet Russland, indem es langfristige Pläne für die Entwicklung von Wirtschaftssektoren und die Stärkung des sozialen Bereichs umsetzt. Die aktuellen Herausforderungen führen nur zu Anpassungen und Verfeinerungen dieser Pläne, nicht aber zu einer Änderung ihrer strategischen Ausrichtung. •

¹ https://www.anti-spiegel.ru/2022/putins-abrechnung-mit-dem-westen-der-wirtschaftliche-blitzkrieg-ist-gescheitert/?doing_wp_cron=1656170257.7707030773162841796875 vom 18.6.2022; die vom russischen Präsidentschaftsamt autorisierte englische Fassung der Rede einschliesslich der anschliessenden Diskussion findet man unter <http://en.kremlin.ru/events/president/news/68669> vom 17.6.2022

² 1000 Rubel entsprechen derzeit rund 17 Schweizer Franken. [Anm. d. Redaktion]

«Was wir in unseren Medien hören, ist Propaganda, es ist nicht real»

Ein einstiger Verfechter der wirtschaftlichen «Schock-Strategie» bezichtigt den Westen im Ukraine-Konflikt der Lüge

ts. Er ist ein preisgekrönter US-amerikanischer Ökonom. Direktor des *Sustainable Development Solutions Network* der Uno sowie Direktor des *Earth Institute* an der renommierten Columbia University in New York City und seit 2021 Mitglied der *Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften*. Jeffrey David Sachs, Jahrgang 1954, ab 1983 auch Professor an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Harvard University, Berater für den IWF, die Weltbank, die OECD, die WTO und das UNDP ist zutiefst besorgt über die derzeitige Weltlage. Er, der sich als radikaler Liberalisierer einen zweifelhaften Ruf erworben hatte. Ab 1985 in Bolivien, ab 1989 in Polen, ab 1991 in Russland. *Wikipedia* konstatiert: «1989 schloss Jugoslawien mit dem IWF das sogenannte «Marković-Sachs-Programm» ab, welches nur auf Drängen des IWF zustande kam. Innerhalb weniger Monate wurde 1989/90 eine radikale Importliberalisierung durchgeführt, die bis Ende 1990 2435 Betriebe mit insgesamt 1,3 Millionen Beschäftigten in Konkurs gehen liess. Das Bruttosozialprodukt Jugoslawiens sank 1990 um 7,5 Prozent und 1991 um 15 Prozent.» Die von ihm empfohlene Politik der raschen Privatisierung im Stil einer Schocktherapie trug, so das Fazit von Joseph E. Stiglitz, zum raschen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Ostblocks bei.

Heutzutage engagiert sich Sachs nun aber gemäss *Wikipedia* «für weitgehenden Schuldenerlass für extrem arme Staaten und im Kampf gegen Krankheiten, insbesondere HIV/AIDS in Entwicklungsländern. Er kritisiert die WTO und den IWF, weil die Geldgeber dieser Organisationen nicht bereit seien, effektive Hilfe für die extrem Armen zu leisten. Der amerikanischen Regierung wirft er vor, dass sie nicht bereit sei, 0,7% des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen».

Was den Krieg in der Ukraine betrifft, ist Sachs' Stellungnahme unmissverständlich. In einem Interview vom 13. Mai 2022 mit dem Titel «Jeffrey Sachs on Ending the Russia-Ukraine War»¹ gibt er zu bedenken, er sei praktisch ständig auf der ganzen Welt unterwegs und spreche überall mit führenden Persönlichkeiten: «Was wir in unseren Medien hören, ist Propaganda, es ist nicht real. Wir sollten eigentlich verhandeln, Biden weigert sich aber.» Sachs sei seit den 1990er Jahren in Russland engagiert gewesen, und man habe Gorbatschow damals versprochen, dass die Nato nicht ost-erweitert würde. Darauf habe Putin immer wieder hingewiesen. Sachs: «Wir sind Lügner, es tut mir leid, es so auszudrücken, wir haben betrogen.» Man habe die *Minsker Abkommen* unterzeichnet, doch «wenn Putin sagt, was ist mit den Minsker Abkom-

Jeffrey Sachs: Die neueste Katastrophe amerikanischer Neokons

«Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neokons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), im Irak (2003), in Syrien (2011) und Libyen (2011) starkgemacht und die den Einmarsch Russlands in die Ukraine erst provoziert haben. Die Erfolgsbilanz der Neokons ist ein einziges Desaster, und doch hat Biden sein Team mit ihnen besetzt. Infolgedessen steuert Biden die Ukraine, die USA und die Europäische Union in ein weiteres geopolitisches Debakel. Wenn Europa einen Funken Einsicht hat, wird

es sich von diesen aussenpolitischen Debakeln der USA distanzieren. [...]

Die Ansichten der Neokonservativen beruhen auf der falschen Annahme, dass die USA auf Grund ihrer militärischen, finanziellen, technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit in der Lage sind, die Bedingungen in allen Regionen der Welt zu diktieren. Diese Position ist sowohl von bemerkenswerter Hybris als auch von bemerkenswerter Geringschätzung von Beweisen geprägt.»

Quelle: Jeffrey Sachs. Die Ukraine ist die neueste Katastrophe amerikanischer Neokons, «Berliner Zeitung» vom 30.6.2022

men, wird er niedergeschrien oder ignoriert [...]. Ich kann Ihnen nur sagen, wie viele E-Mails ich von ukrainischen Kanadiern bekommen werde, von ukrainischen Amerikanern, Sachs, bist du verrückt, was sagst du, aber die Wahrheit ist, Diplomatie ist entscheidend, wenn man Kriege vermeiden will.»

«Im Kern geht es um das Wort Exzeptionalismus»

Schon 2018 hatte Sachs Grundsätzliches zur US-Aussenpolitik geäussert. In einem Vortrag mit dem Titel «The End of American Exceptionalism»² nimmt er kein Blatt vor den Mund, was die gegenwärtige US-Politik nicht nur in der Innen-, sondern auch in der Aussenpolitik bewirkt: «Wir befinden uns an einem Scheideweg. Im Jahr 1941 rief Henry Luz das amerikanische Jahrhundert aus. 1992, als die Sowjetunion zusammenbrach, waren wir der Koloss, das neue Rom, die einzige Supermacht der Welt. Und

ich behaupte, das war eine grosse Illusion. Die Vorstellung, dass es eine einzige Macht gibt, die die Welt beherrscht, insbesondere ein Land mit 4,4% der Weltbevölkerung sich anmasst, die Welt zu führen, die Supermacht zu sein, ist meiner Meinung nach sehr naiv und sehr gefährlich. Im Kern geht es um das Wort Exzeptionalismus, das sich durch die gesamte amerikanische Geschichte zieht, dass wir das aussergewöhnliche Land seien. Das macht uns meiner Meinung nach zu einer Gefahr für uns selbst. Wir haben uns so sehr verausgabt, dass wir überfordert sind. Militärbasen in mehr als 70 Ländern der Welt, mehr als 700 Stützpunkte auf der ganzen Welt. Kriege, die sich endlos in die Länge ziehen, von Afghanistan an. Die Gewalt im gesamten Nahen Osten. Libyen, alle unsere Drohnen- und verdeckten Operationen in Afrika, dem Nahen Osten und anderswo. Wir sind jetzt eine Gefahr für uns selbst, indem wir diese Idee des Exzeptiona-

Oskar Lafontaine: «Keine Bundesregierung hat das Recht, Millionen Deutsche ärmer zu machen und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren»

«Ich kann das Gejammere von Steinmeier, Scholz und anderen über die sozialen Verwerfungen, die entstehen werden, wenn der Gaspreis sich verdreifacht, nicht mehr hören. Wenn man nur von Staaten wie den USA, Saudi-Arabien oder Katar und Russland, denen man völkerrechtswidrige Kriege vorwirft, Energie beziehen kann, dann sollte man den Lieferanten bevorzugen, der die beste und günstigste Ware hat. Das ist Russland. Es wird zudem immer deutlicher, dass die deutsche Wirtschaft auch bei vielen anderen notwendigen Rohstoffen und Ersatzteilen eng mit Russland verflochten ist.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn man wegen Menschenrechtsverletzungen die Verbindungen zu einem Land abbricht,

dann darf man mit den USA, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen in der Welt verantwortlich sind, keinen Handel treiben.

Es war doch wirklich peinlich, mit anzusehen, wie Biden auf der Pressekonferenz mit Scholz in Washington diesem überdeutlich machte, wer bestimmt, ob die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird oder nicht.

Wann wird es einen Bundeskanzler geben, der den Mut hat, Washington zu sagen, bis hierhin und nicht weiter? Woher kommt diese deutsche Sucht, sich zu unterwerfen, wenn man sieht, wie sich deutsche Journalisten und Politiker gegenüber Washington verhalten?

Wenn man an die eigene Bevölkerung denkt, gibt es nur eine Lösung: Öffnet Nord

Stream 2, um das Schlimmste zu verhindern. De Gaulle wusste noch, Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. So wie die Amis seit 100 Jahren versuchen, das Zusammengehen deutscher Technik mit russischen Rohstoffen zu verhindern (George Friedman), so sollte die Bundesregierung endlich einsehen, dass die Sanktionen nicht Russland und den USA schaden, sondern in erster Linie Deutschland und Europa. [...]

Wenn man einen grossen Fehler gemacht hat, muss man den Mut haben, ihn zu korrigieren. Keine Bundesregierung hat das Recht, Millionen Deutsche ärmer zu machen und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren.»

Quelle: <https://de-de.facebook.com/oskarlafontaine/> vom 4.7.2022

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=e1qIIXKMPks>

² <https://www.youtube.com/watch?v=kZU0IX07AQw>

LESER  BRIEFE

«Achtung vermittelt vor den leidgeprüften libanesischen Menschen»

Der Artikel «Die Überlebenden» von Karin Leukefeld in *Zeit-Fragen* Nr. 14 vom 28. Juni 2022 hat mich in besonderer Weise berührt. Wenige Tage zuvor hatte ich in Köln bei der Fahrt mit einem Taxi einen libanesischen Taxifahrer kennengelernt: ein ausgesprochen freundlicher, schon etwas älterer Mensch. Ich erfuhr, dass er seit 14 Jahren in Köln lebt, Familienvater von bereits erwachsenen Kindern ist, die in Köln die Schule besucht haben. Er erzählte mir viel von seinem Heimatland Libanon, von der fehlenden staatlichen Ordnung und den chaotischen Zuständen dort, von der horrenden Inflation, aber auch von seinem Bruder, der dort geblieben ist. Als der Bruder dringend Medikamente benötigte, waren diese in Libanon nicht zu bekommen. Also schickte er sie seinem Bruder von Deutschland aus. Jedoch konnte der Bruder das Paket mit den Medikamenten nicht ohne weiteres in Empfang nehmen. Jemand, vielleicht der Postbote, hatte es abgefangen und verlangte nun 50 US-Dollar für die Aushändigung. Was blieb dem Bruder anderes übrig, als die 50 Dollar zu zahlen!

Die Schilderungen dieses sympathischen libanesischen Taxifahrers konnte ich nicht vergessen.

Als ich nun wenige Tage später den Bericht von Karin Leukefeld las, war ich tief berührt und empfand einen Sinn darin, den libanesischen Taxifahrer kennengelernt zu haben. Meine bei der Taxifahrt gewonnenen Eindrücke von Libanon konnte ich so in besonders eindrücklicher Weise vertiefen, u. a. dadurch, dass die Autorin den gesellschaftlichen und politischen Kontext der aktuellen Zustände aufgezeigt hat. Darüber hinaus hat mir Karin Leukefeld Achtung vermittelt vor den leidgeprüften libanesischen Menschen und ihrem Lebensmut, ihrem Überlebenswillen. Dafür bin ich dankbar.

Wieder einmal habe ich mich gefragt, was wir, was ich als einzelner Mensch tun kann gegen diese schreiende Ungerechtigkeit, bedingt durch die Machtinteressen des westlichen Hegemons und seiner Vasallen. Mich verbinden mit Gleichgesinnten, mich weiter zu informieren, immer wieder Gespräche zu führen und vielleicht bescheidene materielle Hilfe zu leisten durch Spenden. Das waren die bescheidenen Antworten, die ich gefunden habe.

Annelene Neuhaus, Köln

Ein Dankeschön

Als langjähriger *Zeit-Fragen*-Leser möchte ich mich bei allen Mitarbeitern dieser Zeitung herzlich bedanken für den unermüdlischen und wertvollen Einsatz, mit dem sie auf ehrenamtlicher Basis eine hochwertige Zeitung herausbringen, die sich am Gemeinwohl, an Ethik und am Völkerrecht orientiert.

Gerade angesichts der fast allgegenwärtigen Propaganda, mit der uns seit Beginn des Ukraine-Krieges die meisten Medien in Deutschland auf allen Kanälen und rund um die Uhr «versorgen», wird die Bedeutung von *Zeit-Fragen* als unabhängige «Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung» besonders greifbar.

Zeit-Fragen macht bei der allgemeinen Desinformation nicht mit und hält Artikel bereit, die dem Leser der Mainstream-Medien meistens vorenthalten werden, wobei ihre Beiträge zu den vielfältigen politischen, sozialen und pädagogischen Fragestellungen für unser Zusammenleben von grosser Bedeutung sind.

Herzlichen Dank! Und bitte weiter so!

Wolfgang Ley, Köln

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft *Zeit-Fragen*. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle *Zeit-Fragen*, Bazenheid.

Der Weg eines Israelis nach Palästina

von Gabriela Wirth-Barben



Miko Peled lässt den Leser in berührender und aufwühlender Weise an seinem persönlichen «Weg nach Palästina» teilhaben.* Seine eigene Geschichte ist in seiner Schilderung eng

verwoben mit der israelischen Politik und den Kriegen gegen das palästinensische Volk und die arabischen Nachbarstaaten, die er aus persönlicher Sicht in seine Autobiographie einbaut. Mit der dauernden und zunehmenden Unrechtspolitik der israelischen Regierung, der Polizei und der Armee gegenüber der palästinensischen Bevölkerung lernt der Autor sich schon in seiner Familie auseinanderzusetzen und dann in seiner Dienstzeit in der Armee. Aber erst als seine dreizehnjährige Nichte Smadar 1997 durch zwei palästinensische Selbstmordattentäter getötet wird, beschliesst er, seinem Leben eine Wende zu geben: «Ihr Tod zwang mich zu einer schonungslosen Untersuchung meiner zionistischen Überzeugungen, der Geschichte meines Landes und der politischen Situation, die die Selbstmordattentäter, die sie getötet hatten, motiviert hatten.» (S. 18) Miko Peled nimmt an seinem Wohnort in Kalifornien Beziehung zu palästinensischen Mitbürgern auf, erfährt von ihren schmerzhaften Erlebnissen mit den israelischen Besatzern und erlebt mit Erstaunen die Herzlichkeit und Gastfreundschaft, die sie ihm entgegenbringen. Im Gespräch von gleich zu gleich entsteht gegenseitiges Vertrauen, und die alle Beteiligten bewegende Frage nach einem Zusammenleben in Frieden keimt auf.

Vorbild der Eltern

Miko Peled wurde 1961 in Jerusalem geboren, als viertes Kind einer «sehr bekannten zionistischen Familie», bei der Politiker und Generäle ein- und ausgingen (S. 37). Als Kind wurde er «mit Patriotismus und dem Glauben an die zionistische Sache imprägniert», und es drängte ihn, «ein Held und ein grosser General wie mein Vater zu werden» (S. 63). In seiner Familie bekam er jedoch auch ein grosses Stück Mitmenschlichkeit mit. Sein Vater, *Matti Peled*, war zwar «ein grosser General», der in den israelisch-arabischen Kriegen von 1948, 1956 und 1967 massgeblich beteiligt war, aber er begann mit der Zeit, vieles in Frage zu stellen, was die israelische Armee und der Staat den Palästinensern antaten. 1968 trat Mikos Vater aus der israelischen Armee aus, studierte die arabische Sprache und Literatur und gründete 1973 mit *Uri Avnery* und anderen Friedensaktivisten den *Israelischen Rat für Israelisch-Palästinensischen Frieden*, der sich bereits damals für direkte Gespräche Israels mit der PLO und für die Rechte der Palästinenser einsetzte.

Das mitmenschliche Fühlen und den Gerechtigkeitsinn seiner Mutter schildert Miko Peled anhand eines eindrücklichen Beispiels. Als ihr nach dem Krieg von 1948 von der israelischen Armee ein schönes Haus angeboten wurde, dessen palästinensische Eigentümer vertrieben worden waren, weigerte sie sich: «Ich sollte in das Haus einer Familie einziehen, die vielleicht in einem Flüchtlingslager lebte? Die Wohnung einer anderen Mutter? Kannst du dir vorstellen, wie sehr sie ihr Zuhause vermissen müssen?» Diese Geschichte erzählte sie dem kleinen Miko viele Male und fügte hinzu, dass sie sich für die Israelis schämte, die mit geplünderten Teppichen und Möbeln wegführten (S. 44).

Soldat in der israelischen Armee und Karateschüler

Wie alle jungen Israelis (Männer und Frauen) wurde Miko Peled mit 18 Jahren (1980) für mehr als zwei Jahre Dienst in der Armee (IDF) eingezogen. Obwohl sein Vater die Besatzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens inzwischen für falsch hielt, war der junge Miko «als entschiedener Zionist dennoch sicher, dass Israel eine Armee haben musste». Er dachte, er könne zu einer «moralisch sauberen Armee» beitragen und gleichzeitig gegen das Unrecht protestieren, das die IDF beging. Die brutale Realität in einem Sondereinsatzkommando beschreibt der

Autor schonungslos, aber dank einer Knieverletzung konnte er seine Ausbildung in einer Sanitätstruppe abschliessen, wo er Zeit hatte, «wieder zu Atem zu kommen und die Dinge sorgfältig zu durchdenken» (S. 111). Er verzichtete auf das rote Barett der Elite-Kampftrouppen und wurde Ausbilder für Sanitäter: «Sehr wohl dagegen mochte ich den Gedanken, Leuten beizubringen, wie man Leben rettet.» (S. 112)

Schon als Gymnasiast hatte Miko seine Liebe zu Karate entdeckt: Er war damals «fasziniert von den strengen Anforderungen sowohl der Karate- als auch der militärischen Kampfausbildung». Er fügt hinzu: «Aber wie ich dann herausfand, besitzt Karate im Gegensatz zum Militär [gemeint ist die israelische Armee] eine starke, kompromisslose moralische Grundlage.» (S. 121) Karate vertrat, «wie alle traditionellen Kampfkünste, eine Philosophie des Mitgefühls und der Gewaltlosigkeit» (S. 122). Miko Peled wählte den gewaltlosen Weg und liess sich zum Karatelehrer ausbilden. Nach zwei Jahren in London, wo er seine Freundin *Gila* heiratete, zogen sie nach Tokio. Mit seinem dortigen Lehrer reiste das Paar schliesslich 1987 nach Kalifornien, wo sie eigentlich nur zwei Jahre bleiben wollten, aber sie wurden dort heimisch und gründeten ihre Familie. In San Diego eröffnete Miko Peled sein erstes Dojo (Karate-Studio).



Auf dem Weg zum Kloster Mar-Saba. (Bild Gabriela Wirth-Barben)

Den Standpunkt des «anderen» verstehen

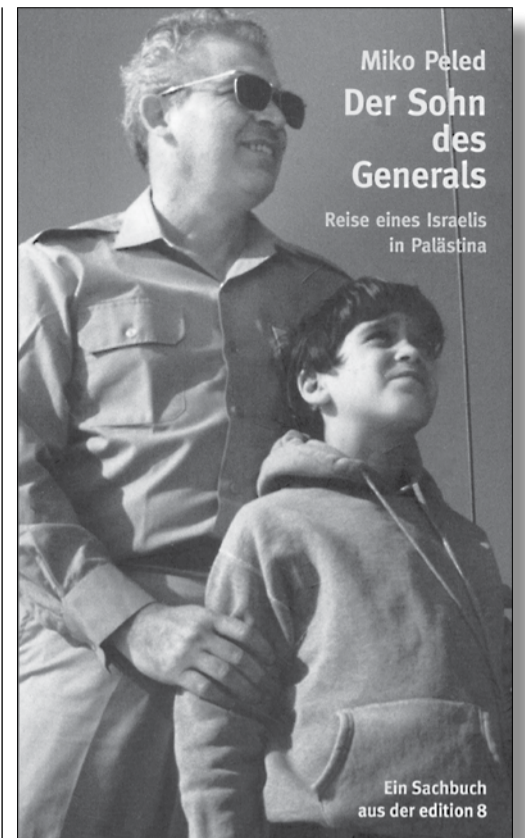
Sehr eindrücklich sind die Konsequenzen, die Miko und einige seiner Angehörigen nach dem Tod seiner Nichte Smadar durch ein Selbstmordattentat zogen. Sein Schwager *Rami*, Smadars Vater, beteiligte sich am «Forum der Familien der Hinterbliebenen», wo sich palästinensische und israelische Familien treffen: «Die Botschaft des Forums war einfach: Wenn Eltern, die ihre Kinder verloren hatten, sich hinsetzen und miteinander reden konnten, konnte das auch jeder andere. Es gab einen Partner für den Frieden, und Frieden war möglich.» (S. 150) Der Familie Peled war jedoch klar, dass es ausser dieser persönlichen Ebene auch eine politische Umkehr bräuchte, um ein friedliches Zusammenleben in Palästina zu ermöglichen. Mikos Schwester *Nurit*, Smadars Mutter, forderte gemäss «New York Times» vom 9. September 1997 die israelische Regierung auf, «das Blutbad zu beenden» und klagte die Regierung *Netanyahu* an, sie habe «unsere Kinder für ihren Grössenwahn geopfert – für ihr Bedürfnis, zu kontrollieren, zu unterdrücken und zu herrschen. [...] Sie wollen den Friedensprozess töten und dann den Arabern die Schuld geben.» (S. 151)

Der Zusammenbruch des palästinensisch-israelischen Friedensprozesses in den Jahren 2000/2001 – herbeigeführt von den israelischen Gegnern eines Friedens von *Ariel Sharon*, der danach zum Ministerpräsidenten gewählt wurde – und der Tod seiner Nichte bewogen Miko Peled, aktiv zu werden. Er erfuhr von einer jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe in San Diego und nahm Kontakt mit ihr auf. Beim ersten Treffen dachte

Miko (der in Jerusalem geboren und aufgewachsen war!): «Das ist das erste Mal, dass ich an einem Ort bin, wo Juden und Palästinenser als Gleiche zusammen sind. [...] Die Tatsache, dass wir hier miteinander reden und uns dabei in die Augen sehen konnten, machte einen enormen Unterschied.» (S. 163) Es war nicht einfach für den Sohn eines «erfolgreichen» israelischen Generals, die Geschichte aus dem Blickwinkel der Palästinenser zu hören: dass Israel zum Beispiel im Krieg von 1948 nicht der «David» gewesen sei, der sich gegen einen arabischen «Goliath» verteidigt habe (S. 167f). Für Miko war «das einzige, was stärker als dieser Mythos war, Vertrauen [...]. Ohne dieses Vertrauen wären wir nie vorangekommen. In unserer Gruppe ging es nicht um gegenseitige Anklagen, sondern darum, zuzuhören und persönliche Geschichten zu erzählen.» So erfuhr der Israeli, dass die Geschichtsversion der Palästinenser oft das diametrale Gegenteil dessen war, was er für richtig gehalten hatte.

Der Schritt nach Palästina

Über die Freundschaft mit dem aus Israel vertriebenen Nader, der nach 50 Jahren Exil endlich einen Pass erhielt, mit dem er «wenigstens als Tourist» (!) in seine Heimatstadt Nazareth reisen konnte, bot sich Miko Peled die Gelegenheit, ihn und seine Familie



ISBN 978-3-85990-290-9

das Gesetz zu verstossen» (S. 191). Trotzdem stellte er sich den israelischen Kommandanten in den Weg und wies sie auf die «brutale, illegale Besatzung» hin, die sie durchsetzen wollten.

Noch weit schwieriger war es, in den Gaza-Streifen zu gelangen und für die dortige Bevölkerung Hilfsprojekte der amerikanischen Rotarier zu organisieren. Die menschenunwürdigen Zustände in Gaza berührten den Autor zutiefst: «Die Situation im Gaza-Streifen ist so schlimm, dass Israels Herrschaft über das Westjordanland daneben fast wie ein Idyll aussieht. Die Beschränkungen der Reise- und Bewegungsfreiheit sowie des Warenimports und -exports durch Israel, zusammen mit der kompletten Kontrolle der Besatzungsmacht über Land und See haben einen Belagerungszustand geschaffen, der eineinhalb Millionen Menschen, darunter 800 000 Kindern, buchstäblich die Luft abschneuert.» (S. 221f.)

«Frieden zwischen den Israelis und den Palästinensern ist möglich»

Dies nur einige von den vielen persönlichen, geschichtlichen und politischen Einblicken in dieser eindrücklichen Autobiographie. Das letzte Kapitel, «Hoffnung auf Frieden», widmet der Autor der Jugend. Während er Karatekurse in Ramallah durchführte, sprach er mit den Jugendlichen auch über das Unrecht der Besatzung und ermutigte sie, ihren Weg daraus ohne Gewalt zu finden (S. 277). Und er schildert die heftigen Diskussionen mit seinem Schwager zur seit Jahrzehnten anstehenden Lösung des Nahostkonflikts: Ein Staat, zwei Staaten, drei Staaten? (S. 310ff.) Im Epilog zeigt Miko Peled auf eindrückliche Weise, wie weit er durch die intensiven Beziehungen mit palästinensischen Mitmenschen über seine zionistische Sichtweise hinausgewachsen ist: «Heute sehe ich meine wichtigste Rolle darin, für den Widerstand gegen das zionistische Regime in Palästina zu schreiben und zu sprechen – und aktiv daran teilzunehmen. Frieden zwischen den Israelis und den Palästinensern ist möglich, sobald wir uns ausserhalb des Paradigmas des zionistischen Staates begeben, eines Staates, der zu Unrecht als der «jüdische Staat» bezeichnet wird. [...] Die Palästinenser, die ursprünglichen Bewohner, die zu Opfern eines kolonialistischen Siedlerstaates gemacht wurden, sind die rechtmässigen Besitzer des Landes. Anzuerkennen, dass dies die Lage ist und dass sowohl die Palästinenser als auch die Israelis frei und in Frieden in einem Staat leben können müssen, der sie beide repräsentiert und in dem dieselben Gesetze für alle gelten, ist meiner Überzeugung nach der erste Schritt. Bevor das durchgesetzt ist, haben wir keines der Probleme in Palästina gelöst.» (S. 326)

* Miko Peled, *Der Sohn des Generals. Reise eines Israelis in Palästina*. 1. deutsche Auflage 2016

Frieden kommt nicht von allein

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

Angesichts der Ereignisse, die Europa erschüttern, stellt sich um so dringender die Frage, wie wir zu einem dauerhaften Frieden kommen. Denn in Ruhe und Frieden zusammenzuleben ist der grösste Wunsch aller Menschen. Er spiegelt sich in vielen Zeugnissen der Menschheitsgeschichte wider. Vorangegangene Generationen haben nach bitteren Erfahrungen von zwei Weltkriegen auf politischer Ebene, in den Humanwissenschaften und ganz allgemein der Kultur bereits vieles aufgebaut, so dass wir mit unseren Bemühungen nicht von vorne anfangen müssen. Sie schufen internationale Vertragswerke zur Friedenssicherung und leisteten mit Forschungsbeiträgen in Pädagogik und Psychologie und grossen Werken in Kunst und Literatur kostbare Beiträge zur Völkerverständigung, mit denen die Menschen in ihrem Gefühl zwischenmenschlicher Verbundenheit erreicht wurden. Ein Blick darauf lohnt sich!

«Wir müssen zusammenarbeiten!»

Es geht um Waldau, ein Dorf, das an einem Fluss liegt, an dessen Ufern die Menschen seit langer Zeit wohnen. Ein idyllisches Bild! Aber der Schein trügt. Denn (und das ist nicht aussergewöhnlich) das Zusammenleben ist belastet durch Konflikte, entstanden durch Rivalitäten, Eifersucht und Neid. Das ist Inhalt des Bilderbuchs «Auf der anderen Seite des Flusses»¹, das – obwohl bereits vor langer Zeit erschienen – an Aktualität nichts verloren hat: Die Dorfbewohner wohnen, malerisch gelegen, auf beiden Seiten des Flusses, verbunden durch eine wacklige Holzbrücke. Ihr Zusammenleben ist jedoch gestört durch ständige Streitereien zwischen den Bewohnern auf der Westseite und denen, die auf der Ostseite des Flusses wohnen. So sind sie alle vorerst nicht unglücklich, als ein Gewittersturm die Brücke



Auf der anderen Seite des Flusses. (Bild aus dem Buch von J. Oppenheim und Aliki)

dingungen, die kaum öffentlich diskutiert und hinterfragt werden).²

In der dörflichen Gemeinschaft am Fluss im kleinen widerspiegelt sich jedoch, was es braucht, damit ein Zusammenleben in Frieden glücken kann, und das ist keineswegs Nostalgie. Im Gegenteil, gerade heute wäre daraus manches zu lernen, denn es geht um die Grundlagen des Menschseins, die Notwendigkeit der Kooperation auf dem Boden gegenseitiger Wertschätzung, wie sie 1948 in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* formuliert und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen nach den Greueln des Zweiten Weltkrieges im ersten Artikel verabschiedet wurde: «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit beugen.»

Nur so kann Friede auf der Welt einkehren

Seither haben 191 Länder diese Erklärung unterzeichnet. Doch zeigt ein Blick in die Welt, dass es offenbar am nötigen Ernst und der Entschiedenheit fehlt, dieses Ziel auch in die Realität umzusetzen. Das jedoch würde es brauchen, denn die Würde des Menschen ist keine sich selbstredend ergebende Tatsache, sondern sie muss auf allen Ebenen menschlichen Zusammenlebens gelegt, gestärkt und immer wieder aufs Neue mit der notwendigen Beharrlichkeit gefördert und weitergetragen werden. Nur so kann Friede auf der Welt einkehren. Niemand darf sich herausnehmen, sich über andere Menschen zu stellen, und sich berechtigt fühlen, über sie zu verfügen und sie abfällig zu behandeln, denn: «Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.»

«Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig, ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist», wie es der zweite Artikel des UN-Dokumentes festhält.

Bilder der Menschheitsfamilie

Offenbar war es vielen Menschen, welche die Greuel der Weltkriege erlebt hatten, klar, dass nun jeder seinen Beitrag leisten musste, damit es nie wieder so weit kommen konnte. So wie es *Käthe Kollwitz* nach dem Ersten Weltkrieg als Künstlerin, Mutter und Mit-

mensch tat und mit ihren berühmten Holzschnitten das Gewissen von mehreren Generationen erreichte. «Nie wieder Krieg!» Und wo stehen wir heute? Die Menschen gehören auf der ganzen Welt zusammen, sie dürfen nicht mit Feindbildern belegt werden, denn sie gehören alle zur selben Menschheitsfamilie. An das erinnert eindrücklich die weltberühmte Fotoausstellung «Family of Man», die ab 1951 vom luxemburgischen Fotografen *Edward Steichen* für das *Museum of Modern Art* in New York konzipiert und 1955 eröffnet wurde.³ Sie greift in der universellen Sprache der Fotografie, die von allen Menschen verstanden werden kann, die in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der Uno formulierten Grundlagen eines Zusammenlebens in Frieden auf. *Edward Steichen* und sein Team wählten aus über zwei Millionen Bildern 503 Aufnahmen von 273 Fotografen aus 68 Ländern aus, die in einem umfassenden Porträt 32 Themen zeigen, die die Menschen auf der ganzen Welt beschäftigen – sei es die Liebe, die Arbeit, die Kinder, aber auch Verheertheit, Krieg und Tod – und auf deren Gleichwertigkeit und gemeinsame Natur hinweisen. Die Ausstellung wollte nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mithelfen, das Verständnis zwischen den Menschen zu fördern und mahnend auf die katastrophalen Folgen eines nuklearen Krieges hinweisen, wie man sie von Hiroshima und Nagasaki kannte. 2003 wurde die Ausstellung «Family of Man» durch die *Unesco* zum Weltkulturerbe ernannt, sie ist heute im luxemburgischen Städtchen *Clervaux* zu sehen.

Fehlende Wurzeln der eigenen Geschichte

Diese Grundlagen für eine in Frieden zusammenlebende Menschheitsfamilie waren vor fünfzig Jahren offensichtlich noch selbstverständlicher im Gemüt der Menschen und den Werthaltungen der Völker verankert. Sie haben ihre Wurzeln in der langen Tradition der jeweiligen Kulturen und prägten lange Zeit die familiäre Erziehung, die Bildungsziele und den Unterricht in den Schulen. Auch Forschung und Lehre der pädagogischen und psychologischen Fakultäten der Universitäten basierten auf diesen Grundlagen. – Seit den 1970er Jahren sind die westlichen Länder jedoch geprägt durch einen von der *Frankfurter Schule* in die Gesellschaft hineingetragenen Wertebuch, der das menschliche Zusammenleben zutiefst erschütterte. Nicht nur die «Eliten», sondern breite Kreise der Bevölkerung Mitteleuropas haben seither ihren emotionalen Bezug zu den Wurzeln ihrer eigenen Geschichte verloren. Sie lassen sich deshalb leicht verführen zu einem «way of life», der gekennzeichnet ist von Oberflächlichkeit in den Beziehungen, Konsum-

mismus und einem Mangel an Selbstreflexion und Verantwortungsgefühl, so dass ein aktives Mitgestalten der gemeinschaftlichen Belange auf schwachen Füßen steht.

Keinen Hass und Zwietracht säen

Obwohl ein gleichwertiges Zusammenleben heute möglich wäre, werden weltweit Milliarden von Menschen elementare Grundrechte vorenthalten, und politische Grossgebilde gebärden sich wie Kolonialherren. Sie nehmen sich das Recht heraus, sich in die Geschicke anderer Länder einzumischen, Abhängigkeiten zu erzeugen, Konflikte zu schüren, um nicht genehme Regierungen wegzuputzen, und scheuen sich nicht, sich dabei sogar als Hüter von Demokratie und Freiheit zu deklarieren. Genauso verwerflich ist der Versuch, die Einstellung der Menschen gegenüber anderen Völkern durch Propagandamethoden (zum Beispiel in den Medien) zu steuern, Hass und Zwietracht zu säen und die Welt in Gut und Böse einzuteilen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist kein Jahr ohne Kriege vergangen. Weltweit sind mindestens 60 bis 65 Millionen Menschen an deren Folgen gestorben. Würden wir nicht gut daran tun, zu reflektieren, wie unsere Zukunft als Menschheitsfamilie auf unserem Planeten aussehen soll? Auf welchen Werten unser Zusammenleben aufbauen soll? Es ist an der Zeit, sich daran zu erinnern, was weitsichtige Menschen nach den Greueln von Kriegen geschaffen haben, um ein friedliches Zusammenleben möglich zu machen: Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der Uno, das *Humanitäre Völkerrecht*, das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz*, aufbauend auf Werten, die unserem europäischen Kulturgut entsprechen. Wer deshalb über den eigenen Tellerrand hinaus blickt, sieht, dass es viel zu tun gibt, damit die Menschen in Ruhe zusammenleben können.

Grundlegende Werte wieder hervorholen

Der Wunsch der Menschen, in Frieden zusammenzuleben, kann nicht einfach erstickt werden. Nur stellt sich heute um so dringender die Frage, wie wir in Erziehung und Bildung die dafür notwendigen grundlegenden Werte wieder verstärkt legen können. Sie müssen von uns Erwachsenen als Grundlage jeder gesunden Persönlichkeitsentwicklung vorgelebt werden, damit sie für die Kinder und Jugendlichen gefühlsmässig fassbar werden. Warum nicht beginnen mit einem Ferienerlebnis nach *Clerveaux* als Ausgangspunkt für Gespräche, auf welche auch die heutigen Kinder und Jugendlichen noch so gerne eingehen? •

¹ Oppenheim, J./Aliki. (1972). *Auf der anderen Seite des Flusses*. Wien: Österreichischer Bundesverlag. Es ist bedauerlich, dass das vor einem halben Jahrhundert von der amerikanischen Autorin geschriebene und später in vielen Sprachen herausgegebene Bilderbuch heute auf Deutsch vergriffen ist.

² Interessante Beiträge dazu sind auf der Webseite von *Public Eye* zu finden. www.publiceye.ch/de

³ Steichen, Edward. (1996, Erstausgabe 1955). *The Family of Man*. Distributed Art Publishers (DAP), New York; https://steichencollections-cna.lu/deu/collections/1_the-family-of-man

Auf der anderen Seite des Flusses

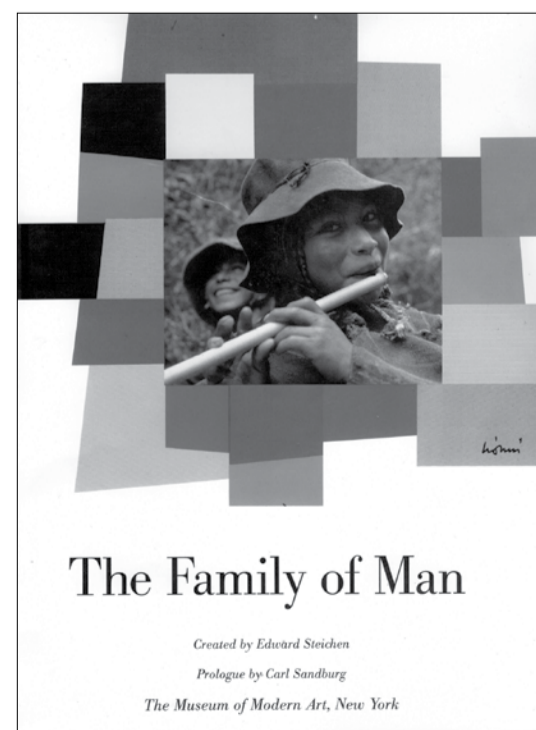


J. Oppenheim und Aliki

zerstört ... bis der Kaminfeger am linken Ufer des Flusses neue Stiefel braucht, der Schuster aber am anderen Ufer wohnt; der Bäcker auf der rechten Seite dringend den Kaminfeger auf der linken Flussseite benötigt und der Schuster sich mit dem Hammer so fest auf den Daumen geschlagen hat, dass er dringend zum Arzt muss, der seine Praxis jedoch – es erstaunt nicht – auf der anderen Seite des Flusses hat. So wird es schliesslich für alle offensichtlich, dass sie wieder zusammenspannen und ihren Konflikt lösen müssen, was ihnen auch gelingt.

Frei und gleich an Würde und Rechten

Seit dem Erscheinen des Bilderbuches, mit dem kleinen Kindern die Logik der Kooperation nahegebracht wird, hat sich in unserem Lebensalltag vieles verändert. Die Menschen leben in unseren Breitengraden nur noch selten in überschaubaren dörflichen Gemeinschaften, sondern oft eng zusammen und trotzdem weit entfernt in verdichtet gebauten, anonymen Ansammlungen von Wohnblocks. Für Einkäufe wird ins Shoppingcenter gefahren, wo neben der Metzgerei auch andere für den Alltag notwendige (oder unnötige) Produkte und gleich noch Kleider und Schuhe gekauft werden, sofern das nicht durch Online-Shopping erledigt wird. Die im Buch beschriebenen Handwerke werden mittlerweile von grossen Betrieben übernommen, Arbeitsplätze entmenschlicht oder in billiger produzierende Länder verlegt (zu Arbeitsbe-



The Family of Man

Created by Edward Steichen

Prologue by Carl Sandburg

The Museum of Modern Art, New York

ISBN 0-87070-341-2